

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Margareta Mommsen

Die politische Rolle der Frau  
in Ost und West

Joachim Hofmann-Göttig

Frauenwahlrecht in Deutschland –  
Emanzipation mit dem Stimmzettel?

Ulrike Enders

Kinder, Küche, Kombinat –  
Frauen in der DDR

B 6–7/86  
8. Februar 1986

Margareta Mommsen, Dr. phil., geb. 1938; Privatdozentin; Studium der Politikwissenschaft und der osteuropäischen Geschichte in Brüssel, Heidelberg und Bochum; von 1970 bis 1977 Redaktionsassistentin der Politischen Vierteljahresschrift (PVS); seither wissenschaftliche Assistentin an der Abteilung für Sozialwissenschaften, Ruhr-Universität Bochum.

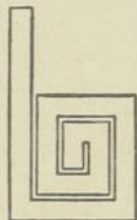
Veröffentlichungen u. a.: Die österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg, Wien-Köln-Graz 1976; Aufsätze zum österreichischen Regierungssystem sowie zur Struktur und Entwicklung des Sowjetsystems.

Joachim Hofmann-Göttig, Dr. phil., Dipl. Päd., geb. 1951; Stellvertretender Dienststellenleiter der saarländischen Landesvertretung in Bonn; Ministerialrat.

Veröffentlichungen: Die Schülerarbeit der Jungsozialisten, Bonn 1976; Politik und Schülerpresse, München 1981; Die jungen Wähler, Frankfurt-New York 1984.

Ulrike Enders, Dipl.-Volkswirtin, geb. 1953; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Arbeitsbereich DDR-Forschung und -Archiv.

Veröffentlichungen zur Frauen- und Familienpolitik der DDR und zu deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die politische Rolle der Frau in Ost und West

## I. Einführende Betrachtungen

Die politische Gleichstellung der Frau erlangt auch im öffentlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland zunehmendes Interesse. Der Frauenskongress der FDP und der Parteitag der CDU in Essen, die Treffen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen und eine Bundesfrauenkonferenz der Grünen kündeten 1985 ebenso davon wie die Regierungsbeteiligung von Rita Süssmuth, einer Expertin in Frauenfragen, als Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Demonstrative Aktionen dieser Art und das Presseecho darauf haben eindringlich die freilich nicht neue Tatsache beleuchtet, daß Frauen in politischen Rollen im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich unterrepräsentiert sind.

Trotz des Diskriminierungsverbots in Art. 3 GG, schrittweiser Verbesserungen der rechtlichen Gleichstellung, ungeachtet höherer Bildung, besserer Ausbildungsabschlüsse und eines in den letzten Jahrzehnten merklich angestiegenen Anteils am Erwerbsleben, zeichnet sich die Teilhabe von Frauen an politischen Spitzenfunktionen weitgehend durch ein Nullwachstum aus. So stellten Frauen 1983 nur 9,8% der Mitglieder des Deutschen Bundestags, während sich im Jahre 1919, als Frauen erstmals in der deutschen Nationalversammlung vertreten waren, ihr Anteil auf 9,6% belief. Im Mittel betrug der Prozentsatz weiblicher Abgeordneter im Deutschen Bundestag für sämtliche Wahlperioden seit 1949 lediglich 8,6%. Bis 1961 gab es keine weiblichen Regierungsmitglieder. Zwei Ministersitze markierten die Rekordhöhe weiblicher Repräsentanz in Bundeskabinetten<sup>1)</sup>.

Wie läßt sich dieser offenkundige Mangel an Frauen in der nationalen Volksvertretung und in

<sup>1)</sup> Vgl. Parlamentarierinnen in deutschen Parlamenten 1919—1983, in: Materialien des Deutschen Bundestages, 82 (Oktober 1983).

sämtlichen Landesparlamenten, in Bundes- und Landesregierungen, in den Vorständen der politischen Parteien und gesellschaftlicher Verbände erklären? Inwieweit sind Parallelen hierzu in ideologisch und institutionell ähnlich strukturierten Regierungssystemen zu beobachten? Wie gestaltet sich demgegenüber die politische Rolle der Frau in den sozialistischen Ländern Osteuropas, in denen die Frauenemanzipation als weitgehend erreicht betrachtet wird?

Das Auseinanderklaffen von sozialer Wirklichkeit und der hier wie dort verfassungsmäßig verbrieften Gleichstellung der Frau legt in erster Linie die Frage nach den jeweiligen strukturellen und kulturellen Faktoren nahe, welche die Unterrepräsentation der Frauen in politischen Positionen hervorrufen. Zu erwägen wäre dabei auch, ob und inwieweit die möglichen Erklärungsvariablen systemübergreifende Gültigkeit haben. Von Interesse erscheint weiter, ob sich in der politischen Partizipation von Frauen bestimmte Entwicklungstendenzen erkennen lassen und welchen Einflüssen diese unterworfen sind. Schließlich kann die Thematisierung der politischen Teilhabe von Frauen neue Perspektiven auf die innere Struktur und die politische Kultur einzelner politischer Systeme sowie auf den Systemvergleich eröffnen.

Soweit der noch sehr lückenhafte Forschungsstand Daten vermittelt und erste Hypothesen zu stützen vermag, lassen sich einige Antworten auf den breiten Fragenfächer entwickeln. Diese können überblicksartig und beispielhaft vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftspolitischen Frauenleitbilder und im Kontext der soziostrukturellen Bedingungen für die Entfaltung von Frauenpartizipation dargestellt werden. Von daher läßt sich auch ein Ausblick auf Desiderate weiterer politikwissenschaftlicher Forschung gewinnen.

## II. Die politische Rolle der Frau in den sozialistischen Systemen Osteuropas

Gingen die Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“ im 19. Jahrhundert im wesentlichen von der Annahme aus, daß die Befreiung der Frau eine zwangsläufige Folge der Emanzipation des Proletariats sein werde, so sahen sich die Bolschewiki in den Anfängen der Sowjetrepublik unmittelbar mit den konkreten Aufgaben einer neuen Frauenpolitik konfrontiert. Noch im Revolutionsjahr 1917 propagierte Lenin die umfassende Gleichstellung der Frau und betonte deren wünschenswerte Rolle in der Politik<sup>2)</sup>. Insbesondere setzte er sich für eine starke Vertretung von Frauen in der Kontrolle der staatlichen Verwaltung, in der organisatorischen Arbeit von Partei und Sowjets sowie in der Agitation und Propaganda ein. Er forderte die Wahl von mehr Frauen in die Sowjets, ob Kommunistinnen oder Parteiloze<sup>3)</sup>.

Lenins Vorstellung, daß „jede Köchin in die Lage gesetzt werden sollte, den Staat zu regieren“, hatte eine wahrhaftige Kulturrevolution und den Erfolg der angestrebten Formen von Massenpartizipation zur Voraussetzung. Welche tiefstehenden Gewohnheiten und psychologischen Barrieren dabei auch für Kommunisten zu überwinden waren, sah der Parteiführer deutlich. So träfe auf viele Genossen der Spruch zu: „Kratzt den Kommunisten, und der Philister erscheint.“<sup>4)</sup> Die Erziehungsarbeit sollte deshalb auf die Männer ausgedehnt werden, denn: „Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten.“<sup>5)</sup>

Lenins Hoffnungen auf eine breite Einbeziehung der Frau in die Politik und auf entsprechende soziokulturelle Umwälzungen fanden in der Wirklichkeit nur sehr begrenzte Erfüllung. Die tatsächlich kulturrevolutionären Theorien und Initiativen einer Alexandra Kollontai wurden bald blockiert, der relativ eigenständigen Rolle der Frauenabteilung der Partei (Ženotdel) wurde 1930 die organisatorische Grundlage entzogen<sup>6)</sup>. Auch die besondere Rolle von Frauen in den Stäben der staatlichen Verwaltungskontrolle kam nicht zum Tragen. Hatte Lenin immer wieder darauf gedrängt, bis zu zwei Drittel Frauen in die Arbeit der „Staatskontrolle“, seit 1920 in die „Arbeiter- und Bauerninspektion“, einzubeziehen, so

zeigte sich 1927, als eine Wiederbelebung der ursprünglichen Formen von Massenpartizipation erfolgte, daß Frauen in der „Arbeiter- und Bauerninspektion“ überhaupt nicht im Einsatz waren<sup>7)</sup>.

Die zunächst beabsichtigte *levée en masse* von Frauen in die Politik erwies sich nur im Bereich der Sowjetdeputierten und der Parteimitglieder als erfolgreich, wenn auch als sehr langsamer und gelegentlich selbst ins Stocken geratender Prozeß. Zwar stieg der Anteil der weiblichen Abgeordneten an den örtlichen Sowjets von 1% im Jahre 1922 bis 1934 auf 27% auf dem Lande und bis zu 32% in den städtischen Bezirken<sup>8)</sup>. Nach einer Stagnation bis in die fünfziger Jahre hinein wuchs der Prozentsatz an weiblichen Sowjetabgeordneten seither ständig. Heute liegt der Anteil der Frauen von der Ebene der lokalen Sowjets bis hin zur Republik bei 50,1%. Im Obersten Sowjet der UdSSR beläuft er sich auf 32,5%<sup>9)</sup>.

Das Ansteigen des Frauenanteils in den sowjetischen Volksvertretungen deutet indessen nicht auf einen entscheidenden Durchbruch in das Feld der aktiven politischen Eliten hin, da Volksvertretungen in sozialistischen Systemen grundlegend anderen Repräsentationsprinzipien folgen als Parlamente in pluralistisch verfaßten westlichen Gesellschaften. Die Vertretungskriterien für die beiden Kammern des Obersten Sowjets und auch für das Zentralkomitee der KPdSU sind vorwiegend an einem sozialen, professionellen und nationalen Proporz ausgerichtet<sup>10)</sup>. Während jedoch bei männlichen Abgeordneten Übereinstimmungen zwischen bestimmten Berufen, vor allem Karrieren in Partei und Verwaltung, und dem Abgeordnetenstatus festzustellen sind, gilt für Frauen diese professionelle Konvergenz nicht<sup>11)</sup>.

So rekrutieren sich Frauen weitgehend nicht aus der Schicht der Intelligenz, an deren beruflichen Bandbreite sie jedoch einen hohen Anteil haben, sondern vorwiegend aus den Reihen ordensgeschmückter Arbeiterinnen oder Elitebäuerinnen. Mit Ausnahme von vier Männern sind die hundert im Obersten Sowjet vertretenen Kolchosbauern — ohne Einberechnung der Kolchosmechaniker und Traktorfahrer — sämtlich weiblichen

<sup>2)</sup> Vgl. W. I. Lenin, Werke, Berlin (Ost) 1961, Bd. 26, S. 96f.

<sup>3)</sup> Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 27f u. 363f. Zu Lenins Vorstellungen über die Beteiligung von Frauen an der staatlichen Kontrolltätigkeit siehe insbesondere W. I. Lenin, *O partijnom, gosudarstvennom i obščestvennom kontrole*, Moskau 1971<sup>2</sup>, S. 145ff.

<sup>4)</sup> Vgl. C. Zetkin, *Erinnerungen an Lenin*, Wien-Berlin 1929, S. 74.

<sup>5)</sup> Ebd., S. 75.

<sup>6)</sup> Vgl. G. W. Lapidus, *Women in Soviet Society*, Berkeley—Los Angeles (Cal.) 1978, S. 63ff.

<sup>7)</sup> Vgl. P. Cocks, *The Rationalization of Party Control*, in: Ch. Johnson (Ed.), *Change in Communist Systems*, Stanford (Cal.) 1970, S. 162f.

<sup>8)</sup> Vgl. G. W. Lapidus (Anm. 6), S. 204ff.

<sup>9)</sup> Vgl. *Staatsrecht der UdSSR*, Berlin (Ost) 1982; vgl. auch *Handbuch der Sowjetverfassung*, red. von M. Fincke, Berlin 1983, Bd. 2, S. 851.

<sup>10)</sup> Vgl. u. a. J. F. Hough/M. Fainsod, *How the Soviet Union is Governed*, Cambridge (Mass.)—London 1979, S. 363ff.

<sup>11)</sup> Vgl. G. W. Lapidus (Anm. 6), S. 207.

Geschlechts. Andererseits findet sich unter den 251 Parteifunktionären im Obersten Sowjet keine einzige Frau<sup>12)</sup>. Während dieser Befund mit der zahlenmäßig geringen Vertretung von Frauen unter höheren Parteifunktionären korreliert werden kann, läßt der starke Anteil von Bäuerinnen und Arbeiterinnen darauf schließen, daß hier vor allem eine breite, augenfällige Repräsentanz dieser beiden historischen Trägerschichten des Sowjetsystems gleichzeitig mit der weiblichen Bevölkerungsschicht optisch in den Vordergrund gerückt wird.

Auch bei den weiblichen Abgeordneten zur Volkskammer und den Staatsratsmitgliedern in der DDR lassen sich ähnliche Repräsentationsmerkmale beobachten<sup>13)</sup>. Während ursprünglich der Typus der „einfachen Menschen aus der Produktion“ dominierte, rekrutierten sich in den sechziger Jahren die weiblichen Volksvertreter schon aus einem breiteren beruflichen Spektrum<sup>14)</sup>. In der parlamentarischen Arbeit sind sie weitgehend auf herkömmliche „Frauenfragen“ festgelegt<sup>15)</sup>. Der von Wahlperiode zu Wahlperiode deutlich steigende Anteil von Frauen in den Volksvertretungen der DDR wird offiziell als demonstrativer Nachweis für die erreichte politische Gleichberechtigung der Frau genutzt, womit die tatsächlich weitgehend symbolischen Abgeordnetenfunktionen eine vorwiegend propagandistische Aufwertung erfahren.

Ein realistischeres Bild von der weiblichen Präsenz in den aktiven politischen Eliten läßt sich aus der Vertretung von Frauen in verantwortlichen Positionen in Partei und Verwaltung gewinnen. Die bloße Mitgliedschaft von Frauen in den kommunistischen Parteien ist seit deren Existenz stetig gewachsen, wenn auch in geringerem Maße als der Anteil von Frauen in den Volksvertretungen. In der Sowjetunion ist die Parteimitgliedschaft von Frauen von 7,4% im Jahre 1920 bis auf 27,4% im Jahre 1983 angestiegen<sup>16)</sup>. Hier bekleiden Frauen etwa zwei Drittel der Posten eines Ersten Sekretärs in Parteigrundorganisationen. Je höher jedoch die Pyramide der Parteiexekutivkomitees mit wachsender politischer Entscheidungsgewalt reicht, um so mehr verringert sich der Anteil von Frauen. Auf der Stadt- und Rajonebene sind Frauen nur mit etwa 4%, auf Gebietsebene (Oblast) nur knapp mit über 3% repräsentiert. Der gleiche Vertretungsprozentsatz gilt auch für das Zentralkomitee der KPdSU. Allerdings läßt die Rekrutierung von Frauen ins Zentralkomitee ungleich den hier typischen Män-

nerkarrieren über Partei- und Verwaltungsämter wiederum eher professionelle oder soziale Auswahlkriterien oder solche des besonderen Publizitätseffekts erkennen, wie etwa im Falle der Wahl der Kosmonautin Valentina Tereškova<sup>17)</sup>.

Die Frauenpartizipation in den Hierarchien der kommunistischen Parteien und Verwaltungseliten Osteuropas folgt weitgehend dem gleichen Muster. Unter Sekretären des Zentralkomitees, Politbüromitgliedern und Ministern sind Frauen eine Ausnahmeerscheinung<sup>18)</sup>. Mit diesem stationären Befund kontrastiert die stetige Zuwachsrate weiblicher Beteiligung in den symbolischen Eliten der Volksvertretungen und im „Fußvolk“ der Parteien. Freilich kommt schon der bloßen Mitgliedschaft hohe Bedeutung für das soziale Leben und die berufliche Mobilität zu.

Das in allen sozialistischen Systemen Europas wiederkehrende Grundmuster der politischen Repräsentation von Frauen unterliegt allenfalls auf regionaler Ebene bestimmten Abweichungen. Dies trifft für Jugoslawien zu, wo die weibliche Parteimitgliedschaft in den weiter entwickelten Republiken Slowenien und Kroatien deutlich höher liegt als etwa in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien<sup>19)</sup>.

In der Sowjetunion ist die politische Partizipation der Frau am stärksten in den drei baltischen Republiken, in der Ukraine und in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) ausgeprägt. Aufs Ganze gesehen variieren die regionalen Unterschiede in der UdSSR jeweils so, daß man sie nur schwer auf einen bestimmten Erklärungsnehmer bringen kann. Die naheliegende Annahme eines west-östlichen Kulturgefälles gibt jedenfalls kein ausreichendes Deutungsmuster für diese eigentümliche Ausformung politischer Regionalismen ab<sup>20)</sup>. Für die Kommunismusforschung ist dieser sich aus der Frage nach Frauenpartizipation ergebende Teilbefund des Sowjetsystems schon deswegen von Relevanz, weil damit ein deutliches Indiz für die keineswegs monolithische Natur dieses Regierungstyps sichtbar wird<sup>21)</sup>.

<sup>17)</sup> Vgl. G. W. Lapidus (Anm. 6), S. 14ff.

<sup>18)</sup> Vgl. Sh. L. Wolchik, *Politics, Ideology, and Equality: The Status of Women in Eastern Europe*, Dissertation, University of Michigan 1978, S. 130ff und 151ff.

<sup>19)</sup> Ebd., S. 119ff.

<sup>20)</sup> Vgl. B. Harasymiw, *Have Women's Chances for Political Recruitment in the USSR Really Improved?*, in: T. Yedlin (Ed.), *Women in Eastern Europe and the Soviet Union*, New York 1980, S. 144ff; vgl. auch N. Lubin, *Women in Soviet Central Asia: Progress and Contradictions*, in: *Soviet Studies*, XXXIII (1981), S. 182—203; vgl. weiter E. Mickiewicz, *Regional Variation in Female Recruitment and Advancement in the Communist Party of the Soviet Union*, in: *Slavic Review*, 36 (1977), S. 441—454.

<sup>21)</sup> Vgl. J. F. Hough, *The Soviet Union and Social Science Theory*, Cambridge (Mass)—London 1977, S. 157.

<sup>12)</sup> Vgl. Handbuch der Sowjetverfassung (Anm. 9), Bd. 2, S. 851.

<sup>13)</sup> Vgl. G. Gast, *Die politische Rolle der Frau in der DDR*, Düsseldorf 1973, S. 158.

<sup>14)</sup> Vgl. H. G. Shaffer, *Women in the two Germanies*, New York 1981, S. 86ff.

<sup>15)</sup> Vgl. G. Gast (Anm. 13), S. 191f. und S. 237.

<sup>16)</sup> Vgl. *Partijnaja Žizn'*, 15 (August 1983), S. 14ff.

Zu den in allen sozialistischen Systemen wiederkehrenden, im übrigen auch in westlichen politischen Kulturen anzutreffenden Erscheinungen gehört, daß in bestimmten Politikfeldern wie Gesundheit und Erziehung verstärkt Frauen auf politischen Vorposten zu finden sind. In den sozialistischen Ländern kann hier eine einfache Relation zwischen dem überaus großen Anteil von Frauen in den Arzt- und Lehrerberufen und einem relativ hohen Frauenanteil in den leitenden Positionen dieser Bereiche hergestellt werden<sup>22</sup>).

Auch über andere professionelle Kompetenzen können Frauen hier Einfluß auf die Politik nehmen. Dies gilt vor allem für wissenschaftliche Tätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit; auf diesen Gebieten stellen Frauen in der UdSSR über 40% der dort Beschäftigten<sup>23</sup>). Angesichts des politischen Einflußpotentials solcher funktionalen Eliten in einem konsultativ-autoritären Regierungssystem sowjetischen Typs mag die ‚Dunkelziffer‘ politisch relevanter Rollen von Frauen nicht gering zu schätzen sein. Das aufsehenerregende sogenannte „Novosibirsker Papier“, mit dem vor wenigen Jahren die Wirtschaftswissenschaftlerin Tatjana Zaslavskaja sowjetische Wirtschaftsorganisationen einer grundlegenden öffentlichen Kritik unterzogen hat, wäre als ein Beispiel dieser Form von Politikbeeinflussung zu erwähnen<sup>24</sup>).

Demgegenüber bleibt die Unterrepräsentation von Frauen in den politischen Schlüsselrollen des Parteiapparates und der staatlichen Verwaltung das augenfälligste Defizit politischer Teilhabe von Frauen. Dies muß gerade in Ländern besonders widersprüchlich erscheinen, in denen die berufliche Emanzipation der Frau weit fortgeschritten ist. In der Sowjetunion haben Frauen viele ‚traditionelle‘ Männerberufe erobert; der gleiche Trend zeichnet sich deutlich in allen anderen sozialistischen Staaten ab<sup>25</sup>). Der prozentuale Anteil von Frauen im Erwerbsleben der UdSSR mit 51—52% aller Erwerbstätigen ist der höchste aller Industriegesellschaften der Welt. Da es kraft dieser Entwicklungen nicht an den sozio-strukturellen Voraussetzungen wie an beruflicher Qualifikation oder an Bildungsniveau fehlen kann, muß die Annahme, daß es in erster Linie sozio-kulturelle Faktoren und damit verwobene psychologische Mechanismen sind, welche der poli-

tischen Teilhabe von Frauen entgegenstehen, weiter verfolgt werden.

Sowjetische Untersuchungen bestätigen, daß der Unterrepräsentation von Frauen in politischen Spitzenpositionen im wesentlichen drei Faktoren zugrundeliegen: Vorurteile der Männer gegenüber Frauen in politischen Rollen, mangelndes Selbstbewußtsein von Frauen, schließlich patriarchalische Familienstrukturen, welche in die Übernahme der Kindererziehung und der Haushaltsarbeiten allein oder weitgehend durch die Frau münden<sup>26</sup>). Zeitbudgetuntersuchungen bekräftigen dieses Bild<sup>27</sup>). Zu der politische Ambitionen behindernden Doppelbelastung von Beruf und Familie gesellen sich infrastrukturelle Mangelerscheinungen wie z. B. ein unzureichendes Angebot an Kinderkrippen und -tagesstätten sowie an Haushaltsgeräten, Transportprobleme und ein hoher Zeitaufwand für Einkäufe von Konsumgütern<sup>28</sup>).

Neben diesen Behinderungen zeigen jedoch vor allem die psychologischen Barrieren in den traditionellen Auffassungen von Männern wie Frauen über „Politik als Männersache“ ihre Wirkung. Die offenkundigen „Überbleibsel“ vorrevolutionärer Frauenleitbilder und ihre negativen Auswirkungen auf die politische Karriere von Frauen wurden denn auch auf Parteitag und in der Parteipresse kritisch herausgestellt<sup>29</sup>).

Dies legt den Schluß nahe, daß die Kaderabteilungen der kommunistischen Parteien das Auseinanderklaffen von ideologischem Anspruch und sozialer Realität jedenfalls statistisch erfaßt haben, was den Ausgangspunkt zu einer stärkeren Förderung von Frauen in politischen Rollen im Wege regulativer Steuerungsmechanismen ‚von oben‘ bilden könnte. Auch in soziologischen Zeitschriften, im fiktionalen Gewand literarischer Erzeugnisse und seitens der in einigen sozialistischen Ländern in Ansätzen vorhandenen Frauenbewegung wird die Disparität zwischen den emanzipationstheoretischen Vorgaben und den in der Realität sich weitgehend noch behauptenden traditionellen Denkmustern und Verhaltensweisen zunehmend kritisch reflektiert und analysiert<sup>30</sup>).

<sup>22</sup>) Vgl. J. C. Moses, *Women in Political Roles*, in: D. Atkinson/A. Dallin/G. W. Lapidus (Eds.), *Women in Russia*, Hassocks 1978, S. 335ff. Vgl. auch J. F. Hough (Anm. 21), S. 143ff.

<sup>23</sup>) Vgl. N. T. Dodge, *Women in the Professions*, in: D. Atkinson et. al. (Anm. 22), S. 205—224; vgl. auch J. F. Hough (Anm. 21), S. 142ff.

<sup>24</sup>) Vgl. T. Zaslavskaja, *Über die sozialen Mechanismen in der Wirtschaftsentwicklung*, in: *Osteuropa-Info*, 53 (1983), S. 59—82.

<sup>25</sup>) Vgl. Sh. L. Wolchik (Anm. 18), S. 56ff.; für die DDR vgl. G. Helwig, *Frau und Familie in beiden deutschen Staaten*, Köln 1982, S. 33ff.

<sup>26</sup>) Vgl. J. C. Moses (Anm. 22), S. 352, der sich hier auch auf die Ergebnisse einer sowjetischen Dissertation beruft. Vgl. auch G. W. Lapidus (Ed.), *Women, Work, and Family in the Soviet Union*, New York 1982.

<sup>27</sup>) Vgl. G. W. Lapidus (Anm. 6), Kapitel 7, S. 271ff.

<sup>28</sup>) Vgl. J. F. Hough (Anm. 21), S. 151f.

<sup>29</sup>) Vgl. G. W. Lapidus (Anm. 6), S. 227ff.; vgl. weiter dies. (Anm. 26), S. XIIff. u. S. XXVIII.

<sup>30</sup>) Zu den soziologischen Untersuchungen vgl. die von G. W. Lapidus herausgegebenen sowjetischen Analysen, in: dies. (Anm. 26), passim. Eine charakteristische literarische Verarbeitung der aktuellen Frauenproblematik in der UdSSR bietet z. B. N. Baranskaja, *Eine Woche wie jede andere*, Neuwied 1978; vgl. weiter W. Schlott, *Der gefährdete soziale „Mikrokosmos“*. Sowje-

### III. Die politische Rolle der Frau in parlamentarischen Systemen der westlichen Welt

Auch in den westlichen, parlamentarisch-demokratischen Systemen ist die Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft maßgeblich von konkurrierenden gesellschaftspolitischen Frauenleitbildern bestimmt. Dem offiziellen, in den meisten Verfassungen verankerten Gleichberechtigungsgesetz stehen ideologisch begründete Frauenleitbilder gegenüber, welche einem Geschlechteregalitarismus grundlegend widersprechen. Während ersteres in sozialdemokratischen und liberalen Forderungen sowie in den bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegungen des 19. Jahrhunderts seinen Ursprung findet und sich meist in der Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen nach dem Ersten Weltkrieg erschöpfte, behauptete sich in den meisten westlichen Demokratien ein traditionales Leitbild von der Frau als einem biologisch determinierten, zur Unterordnung unter den Mann und zur Entfaltung in Haus und Familie ‚vorherbestimmten‘ Wesen noch bis in die siebziger Jahre hinein.

Das traditionale Frauenleitbild tritt als ein Konglomerat vielfältiger kultureller und religiöser Einflüsse entgegen, als Beiprodukt konservativer und selbst liberaler politischer Theorien, als Mutterkult völkischer Ideologien und als Lehrmeinung von Psychologen und Soziologen auch unseres Jahrhunderts. Dieses Frauenbild dominiert immer noch in Schul- und Geschichtsbüchern, in den Medien, in Werbetexten und -bildern. Zumal in der auflagenstarken Regenbogenpresse findet es wöchentlich eine Neuausgabe<sup>31)</sup>.

Die vielen Aspekte des traditionellen Frauenleitbildes, dessen Entstehungs- und Wirkungsweisen bedürfen einer eigenständigen Behandlung. Im Rahmen einer auf die hauptsächlichen Ursachen der politischen Unterrepräsentation von Frauen ausgerichteten Erörterung kann im folgenden nur

paradigmatisch auf einige Denkschulen hingewiesen werden, die den bekannten Geschlechterrollenstereotypen zugrunde liegen:

Herausragende Vertreter der abendländischen Philosophie von der Antike bis ins 19. Jahrhundert, geistige Wegbereiter der Menschenrechte und der politischen Demokratie, haben der Frau die gesellschaftliche und politische Gleichstellung bestritten<sup>32)</sup>. Besondere Erwähnung verdienen Rousseaus Vorstellungen von dem natürlichen Gehorsam der Frau gegenüber dem Mann wie die Überzeugungen jener Väter der liberalen politischen Theorie, die keinen Widerspruch darin sahen, den von ihnen propagierten Individualismus mit patriarchalischen Konzepten zu kombinieren<sup>33)</sup>. Von Hobbes und Locke bis Kant und Hegel wurde der Frau das Recht auf Persönlichkeit verweigert<sup>34)</sup>. Selbst John Stuart Mills beachtliche Schrift über die „Subjection of Women“ zeigt, daß auch ein gegenüber der Frauenemanzipation aufgeschlossener Denker das aktive Engagement von Frauen in der Politik ausschloß. Immerhin machte Mill einen für den Zeitgeist bemerkenswerten Versuch, dem zur Idylle stilisierten, in Wirklichkeit autoritären viktorianischen Familienmodell ein partnerschaftliches Ehekonzept entgegenzuhalten<sup>35)</sup>.

Vor dem Hintergrund einer patriarchalischen Gesellschaftsstruktur verfestigte sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts eine abwertende Einstellung der Frau gegenüber. Namhafte Psychologen wie Sigmund Freud vertraten die Auffassung von der inferioren Frau, von ihrer Natur als einem „verkrüppelten, kastrierten“ Mann<sup>36)</sup>. Otto Weininger, B. v. Moebius, W. Liepman u. a. übertrafen sich gegenseitig in der Herabsetzung des Charakters der Frau. Die Frauenbewegung wurde als „Kennzeichen des

tische Familienpolitik in den 1980er Jahren, in: Osteuropa, 33 (1983), S. 693—704; zur Frauenbewegung in der UdSSR siehe W. Schlott, ebd., S. 695; in der CSSR vgl. A. Heitlinger, Women and State Socialism, London 1979, S. 65 ff., in Jugoslawien vgl. P. Ramet, Gleichberechtigung der Geschlechter. Parteipolitik und Feminismus in Jugoslawien, in: Osteuropa, 33 (1983), S. 539 bis 546.

<sup>31)</sup> In Ansätzen gibt es in der Bundesrepublik zu einigen Aspekten der Thematik Untersuchungen, z. B. W. Jaide, Junge Hausfrauen im Fernsehen, Opladen 1980; J. Kotelmann u. a., Frühjahrsputz und Südseezauber. Darstellung der Frau in der Werbung, Baden-Baden 1981; J. Münder u. a., Rechtliche und politische Diskriminierung von Mädchen und Frauen, Opladen 1984; C. Hagemann-White, Sozialisation: Weiblich-männlich?, Opladen 1984; A. Kuhn/D. Appenzeller (Hrsg.), Mehrheit ohne Macht. Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1985.

<sup>32)</sup> Vgl. S. M. Okin, Women in Western Political Thought, Princeton 1979.

<sup>33)</sup> Vgl. T. Brennan/C. Pateman, 'Mere Auxiliaries to the Commonwealth': Women and the Origins of Liberalism, in: Political Studies, 27 (1979), S. 183—200; vgl. auch G. J. Schochet, Patriarchalism in Political Thought, New York 1975; vgl. S. M. Okin, Rousseau's Natural Woman, in: The Journal of Politics, 41 (1979), S. 393—416.

<sup>34)</sup> Vgl. S. M. Okin (Anm. 32), S. 247 ff.; vgl. auch C. Pateman, Women and Consent, in: Political Theory, 8 (1980), S. 149—168.

<sup>35)</sup> Vgl. M. L. Shanley, Marital Slavery and Friendship. John Stuart Mill's The Subjection of Women, in: Political Theory, 9 (1981), S. 229—247; vgl. dazu auch den Kommentar von E. Spitz, in: Political Theory, 10 (1982), S. 461—464.

<sup>36)</sup> Vgl. E. Rigler, Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, München 1976, S. 23 ff.

Völkerverfalls“ abgelehnt<sup>37</sup>). Mystifikationen vom legendären ‚Wesen der Frau‘ setzten sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort und beschränkten sich nicht auf die Arbeit von Geschlechtspsychologen. Auch Psychoanalytiker wie Erik Erikson und Soziologen wie Talcott Parsons haben diese Tradition mit anderen Denkkategorien weitergeführt<sup>38</sup>).

In den Vereinigten Staaten wurde vor allem in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre der von Betty Friedan anschaulich beschriebene „Weiblichkeitswahn“ in Zeitschriften und Medien propagiert. Zu den Folgen dieser Strömung gehörte, daß Frauen schon im College jegliche politische Rolle abgesprochen wurde<sup>39</sup>).

Besonders deutlich markierte die Rechtsprechung amerikanischer Gerichtshöfe, zumal des Supreme Court, die von der „Natur“ abgeleitete Rolle der Frauen in der privaten, familiären Sphäre und ihre Heraushaltung aus dem öffentlichen, politischen Bereich<sup>40</sup>). So argumentierte der Oberste Gerichtshof 1961, daß „die Frau immer noch als der Mittelpunkt des Heims und der Familie“ angesehen werde und es deshalb dem Staate Florida überlassen bleibe, „bei der Verfolgung des allgemeinen Wohles“ eine Frau vom Schöffenamts freizustellen. Erst 1975 widersprach das Gericht seiner eigenen früheren Rechtsprechung und trat voll für die Wahrnehmung des Schöffenamts durch Frauen ein<sup>41</sup>). Ein Pendant zu der lange vorherrschenden Rechtsprechung, durch die Frauen von der Wahrnehmung öffentlicher Ämter und Funktionen abgehalten wurden, bildete die in der Strafgerichtsbarkeit nachweisbare Tendenz, gegenüber weiblichen Kriminellen vergleichsweise mehr Milde, Ritterlichkeit und Paternalismus an den Tag zu legen als gegenüber männlichen Delinquenten<sup>42</sup>).

In der Bundesrepublik Deutschland kündeten die Programme der politischen Parteien bis in die siebziger Jahre hinein von einer zumindest ambivalenten Haltung gegenüber der Gleichstellung der Frau in Politik und Gesellschaft<sup>43</sup>). Nach einer anfänglichen positiven Aufbruchstimmung und der Wiedegründung der 1933 aufgelösten verschiedenen Frauenverbände wurde die politi-

<sup>37</sup>) Ebd., S. 24; die Formulierung gebrauchte E. F. W. Eberhard, *Feminismus und Kulturuntergang*, im Jahre 1927.

<sup>38</sup>) Vgl. S. M. Okin (Anm. 32), S. 238 ff.

<sup>39</sup>) Vgl. B. Friedan, *Der Weiblichkeitswahn oder Die Mystifizierung der Frau*, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 43.

<sup>40</sup>) Vgl. S. M. Okin (Anm. 32), S. 247 ff.

<sup>41</sup>) Ebd., S. 262 f.; vgl. auch J. A. Baer, *Sexual Equality and The Burger Court*, in: *Western Political Quarterly*, 31 (1978), S. 470—491.

<sup>42</sup>) Vgl. E. F. Moulds, *Chivalry and Paternalism: Disparities of Treatment in the Criminal Justice System*, in: *Western Political Quarterly*, 31 (1978), S. 416—430.

<sup>43</sup>) Vgl. C. Stern (Hrsg.), *Was haben die Parteien für die Frauen getan?*, Reinbek bei Hamburg 1976.

sche Rolle der Frau in der Nachkriegszeit bald durch eine Rückwendung zum traditionellen Frauenleitbild bestimmt. Eine EMNID-Umfrage förderte 1950 eine starke Mehrheit in der Bevölkerung für die Option zutage, daß „Politik Männersache“ sei. Warum dies so sein müßte, war immerhin 22,7% der Befragten völlig unklar<sup>44</sup>).

Im politischen Klima der Nachkriegszeit schien der sogenannte „weiblich-mütterliche Versöhnungs- und Ausgleichswille“ besonders gefragt, welchem Bild auch die Altparlamentarierinnen entsprachen, die 1949 zu den weiblichen Abgeordneten zählten<sup>45</sup>). Erst Ende der sechziger Jahre, im Gefolge der weltweiten Studentenproteste und der sich aus ihnen auch in der Bundesrepublik herauschälenden neuen Frauenbewegung, geriet das traditionale Frauenbild ins Wanken.

Unter dem Einfluß der vor allem in den USA erstarkenden Frauenbewegung und dank der sich dort allmählich etablierenden Frauenstudien wurde in den siebziger Jahren damit begonnen, die Rolle von Frauen in der Politik, zumal der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, wissenschaftlich zu untersuchen<sup>46</sup>). Bisher vorliegende Studien verdeutlichen die mentalen und strukturellen Faktoren, welche der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik zugrunde liegen, und zeigen, daß letztere maßgeblich eine Funktion ersterer sind: In einigen Untersuchungen wurde die Haltlosigkeit der kraft des traditionellen Frauenleitbildes hypostasierten ‚natürlichen‘ Friedfertigkeit der Frau erwiesen. Man fand heraus, daß die tatsächliche Wahrnehmung politischer Ämter durch Frauen mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede zwischen den Geschlechtern zutage bringt<sup>47</sup>). Außenpolitische Einstellungen von weiblichen und männlichen politischen Führungspersönlichkeiten lassen demzufolge keinen Unterschied zwischen weiblichen ‚Tauben‘ und männlichen ‚Falken‘ erkennen; kompromißlose Einstellungen sind vielmehr eine Funktion der berufsspezifischen Situation der untersuchten Politiker, etwa im militärischen Bereich, in dem sowohl Männer wie Frauen eher Falken gleichen, während bei den Führungskräften im Medien- oder Erziehungsbereich vermittelnde Einstellun-

<sup>44</sup>) Vgl. J. Beyer/E. Holtmann, *Frauen und Frauenbild in der Kommunalpolitik der frühen Nachkriegszeit 1945-1950*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, XXV (1985), S. 385—419, hier S. 390.

<sup>45</sup>) Ebd., S. 389.

<sup>46</sup>) Vgl. den Überblick über die Frauenforschung bei V. Sapiro, *Research Frontier Essay: When are Interests Interesting? The Problem of Political Representation of Women*, in: *American Political Science Review*, 75 (1981), S. 701—716.

<sup>47</sup>) Vgl. O. R. Holsti/J. N. Rosenau, *The Foreign Policy Beliefs of Women in Leadership Positions*, in: *Journal of Politics*, 43 (1981), S. 326—347, hier S. 332 ff. Vgl. auch J. Kirkpatrick, *Political Woman*, New York 1974.



gen dominieren<sup>48</sup>). Verhaltensweisen lokaler politischer Eliten bestätigen ebensowenig die auch von Teilen der Frauenbewegung hochgehaltene Auffassung von der besonderen Mütterlichkeit oder Kompromißbereitschaft von Frauen; dies zeigt die Tätigkeit von Frauen in leitender Stellung an amerikanischen Schulbehörden<sup>49</sup>).

In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien zeichnen sich im Vergleich zu anderen parlamentarischen Systemen die Vertretungskörperschaften durch einen besonders niedrigen Anteil an weiblichen Repräsentanten aus. Der Anteil weiblicher Abgeordneter im amerikanischen Kongreß und im englischen Unterhaus betrug bislang nicht mehr als 5%.

Die Ursachen dieses offenkundigen Makels der ansonsten so traditionsreichen „participatory political cultures“ sind in erster Linie in Sozialisationsfaktoren mit kumulativen negativen Effekten zu suchen: Während hier — im Unterschied zu den sozialistischen Systemen — die strukturellen Anforderungen an männliche und weibliche Kandidaten, nämlich ein bestimmter sozialer Status, Beruf, Kompetenz und Persönlichkeit, für Männer und Frauen grundsätzlich gleich sind, bleibt das weibliche Kandidatenreservoir von vornherein erheblich kleiner als dasjenige der Männer, da Frauen in den klassischen Rekrutierungsbereichen unterrepräsentiert sind. Dieser Tatbestand stellt wiederum nur eine Folge der am traditionellen Frauenleitbild orientierten Karrieremuster von Frauen dar. Angesichts der dürftigen Versorgung des weiblichen Wählerreservoirs schlägt — ganz ähnlich zu den Gegebenheiten in sozialistischen Ländern — die sozialisationsbedingte, geringe Selbsteinschätzung der Frau zusätzlich zu Buche, was viele von einer eigenen Kandidatur abhält<sup>50</sup>).

Eine weitere negative Auswirkung auf die Rekrutierung von Frauen in politische Rollen ergibt sich aus der ebenfalls sozialisationsbedingten Disposition der männlichen wie weiblichen Wähler, nach wie vor Männer gegenüber Frauen für politische Ämter zu bevorzugen. Kämen die Wähler in die Lage, in gleicher Weise mit Status- und Kompetenzmerkmalen ausgestattete Kandidaten des männlichen und weiblichen Wählerreservoirs ‚geschlechtsblind‘ zu küren, so müßte immerhin ein Viertel der Abgeordneten in den Vereinigten Staaten weiblichen Geschlechts

sein<sup>51</sup>). Die Wähler neigen auch dazu, Frauen eher in die sogenannten herkömmlichen weiblichen Interessenbereiche, etwa in die Schulverwaltung, hineinzuwählen, hingegen vorzugsweise für Männer zu votieren, wenn etwa Richterämter zu besetzen sind<sup>52</sup>). Schließlich unterliegen weibliche Bewerberinnen der Diskriminierung durch die männlichen Parteimitglieder, welche mit der Rekrutierung befaßt sind und sich sogar über ausgewiesene weibliche Kandidaten hinwegsetzen<sup>53</sup>).

Zwar zeigt sich neuerdings auf lokaler Ebene eine auch in den sozialistischen Ländern zu beobachtende Tendenz zur Ausweitung der Frauenpartizipation. Wie Umfrageuntersuchungen in den USA ergeben haben, hängt diese Entwicklung jedoch ebenfalls mit traditionellen Frauenleitbildern insofern zusammen, als politische Ämter auf lokaler Ebene wegen ihres niedrigen Prestiges und der geringen Machtfülle als eher für Frauen geeignet betrachtet werden<sup>54</sup>).

Daß Frauen auf dem Weg in hohe und höchste politische Ämter nicht nur besonders qualifizierten strukturellen Rekrutierungskriterien standhalten, sondern darüber hinaus auch gegen Verfemungen ihres Geschlechts wegen gewappnet sein müssen, hat die Kandidatur Geraldine Ferraros für das Amt des Vizepräsidenten der USA gezeigt<sup>55</sup>). Der erstmaligen Aufstellung einer Frau für dieses Amt lag 1984 vorwiegend die wahlstrategische Überlegung zugrunde, die weibliche Wählerschaft zugunsten der Demokraten zu mobilisieren. Gewiß kam der Nominierung Geraldine Ferraros auch der massive politische Druck seitens der Frauenverbände zu Hilfe<sup>56</sup>).

Bereits während ihrer Arbeit als Abgeordnete zum Repräsentantenhaus bekam sie jedoch die Attitüden der mentalen Verweigerung gegenüber Frauen an der vordersten politischen Front zu spüren. Ihre Bewerbung um die Mitgliedschaft im wichtigen Budget Committee kommentierte ein Komiteemitglied mit der wenig ermunternden Frage: „Do you think it's appropriate to promote yourself as a woman?“<sup>57</sup>) Als sie im Präsidentschaftswahlkampf gegen George Bush das Fern-

<sup>51</sup>) Vgl. dies., Recruitment . . . (Anm. 50), S. 378 ff.

<sup>52</sup>) Vgl. R. D. Hedlund/P. K. Freeman/K. E. Hamm/R. M. Stein, The Electability of Women Candidates: The Effects of Sex Role Stereotypes, in: Journal of Politics, 41 (1979), S. 513—524, bes. S. 520 ff.

<sup>53</sup>) Vgl. R. B. Deber, 'The Fault, Dear Brutus': Women as Congressional Candidates in Pennsylvania, in: Journal of Politics, 44 (1982), S. 463—479, bes. S. 478.

<sup>54</sup>) Vgl. R. D. Hedlund et al. (Anm. 52), S. 518.

<sup>55</sup>) Vgl. G. A. Ferraro/L. Bird Francke, Ferraro My Story, Toronto-New York-London 1985. Zur Entwicklung der Chancen einer Frauenkandidatin für die Präsidentschaft vgl. E. M. Schreiber, Education and Change in American Opinions on a Woman for President, in: Public Opinion Quarterly, 42 (1978), S. 171—182.

<sup>56</sup>) G. A. Ferraro (Anm. 55), S. 60 u. 90 ff.

<sup>57</sup>) Ebd., S. 53.

<sup>48</sup>) Vgl. O. R. Holsti/J. N. Rosenau (Anm. 47), S. 344.

<sup>49</sup>) Vgl. T. H. Bers, Local Political Elites: Men and Women on Boards of Education, in: Western Political Quarterly, 31 (1978), S. 381—391, hier S. 390 f.

<sup>50</sup>) Vgl. S. Welch, Recruitment of Women to Public Office: A Discriminant Analysis, in: Western Political Quarterly, 31 (1978), S. 372—380; vgl. dies., Women as Political Animals?, in: American Journal of Political Science, 21 (1977), S. 711—730.

sehduell bestritt, stellte dieser in Zweifel, ob sie ohne militärische Erfahrung die Sicherheit der Nation gewährleisten könne; er gab auch zu überlegen, welchen militärischen Versuchungen der Sowjets sie Vorschub leisten würde, einfach aus dem Grunde, weil sie eine Frau sei<sup>58)</sup>. Das Vorurteil gegenüber der mangelnden Verteidigungsfähigkeit des ‚schwachen‘ Geschlechts wurde auf einer Pressekonferenz mit der platten Frage — „Are you strong enough to push the button?“ — auf die Spitze getrieben<sup>59)</sup>.

Trotz Behinderungen dieser Art leitete die Kandidatur der ersten Frau für die Vizepräsidentschaft und damit grundsätzlich auch für die Präsidentschaft die Abkehr von überkommenen Denkstrukturen und von den spezifischen Tabus der Ära des „Weiblichkeitswahns“ ein. Der mentale Durchbruch vermochte unterdessen nur wenig an dem weiterhin geringen Anteil von Frauen an den politischen Eliten des Landes zu ändern. Dies gilt für die USA ebenso wie für Großbritannien, wo sich schon seit Jahren eine Frau als Premierminister behauptet.

Hingegen zeichnet sich der Weg von Frauen in den amerikanischen Kongreß durch besonders eigentümliche, traditionale Vertretungsmuster aus. So folgen immer noch weibliche Kongreßabgeordnete ihren verstorbenen Ehemännern auf deren Abgeordnetensitze nach. Dieses Rekrutierungsmodell wurde erstmals 1923, also sechs Jahre nach dem Einzug einer Frau in das Repräsentantenhaus, praktiziert. Der Anteil der so Rekrutierten läßt sich auf eine von sieben der weiblichen Parlamentarierinnen berechnen. Auch bei allmählicher rückläufiger Tendenz gehört die Witwen-Laufbahn in den Kongreß zu den Grundmustern der amerikanischen politischen Kultur. Diese Art des ‚Nachrückens‘ läßt im übrigen ein Nord-Süd-Gefälle in der nationalen politischen Kultur insofern erkennen, als die Witwenkandidatinnen aus den Nordstaaten sich stärker politisch profilieren müssen als ihre Schicksalsgenossinnen aus den Südstaaten. Hier können die in der Regel auch sehr viel älteren Nachfolgerinnen stärker von der Führungsrolle oder Seniorität des Verstorbenen profitieren<sup>60)</sup>.

Der subsidiäre Einzug ins Parlament über die Leiche des Ehegatten hat auch in der parlamentarischen Geschichte Großbritanniens eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Hier rekrutierten sich die 1919 erstmals zugelassenen weiblichen Mitglieder des Parlaments zunächst über die ehe-

maligen Mandate ihrer Männer, welche teils verstarben, teils in das Oberhaus hinüberwechselten oder wegen Korruptionsaffären aus dem Parlament verbannt wurden<sup>61)</sup>. Den ersten Parlamentarierinnen begegneten ihre männlichen Kollegen mit Brüskierung, Unsicherheit und Abwehr. Winston Churchill erklärte sein eigenes grobes Verhalten und seine Verwirrung gegenüber Lady Astor so: „Because I find a woman's intrusion into the House of Commons as embarrassing as if she burst into my bathroom when I had nothing with which to defend myself, not even a sponge.“ Lady Astor replizierte wenig verlegen: „Winston, you're not handsome enough to have worries of that kind.“<sup>62)</sup>

Neben psychologischen Barrieren ihrer Kollegen standen den Parlamentarierinnen lange Zeit auch institutionelle Behinderungen entgegen. Erst Ende der siebziger Jahre konnte die Etablierung von Frauen im Unterhaus als vollzogen gelten, zu dem Zeitpunkt nämlich, als die Rauchsalons und Bars von Westminster endlich auch Frauen zugänglich gemacht wurden. Der Ausschluß aus diesen Räumen hatte sich als eine konkrete Beeinträchtigung der Arbeit weiblicher Parliamentary Private Secretaries erwiesen, die kraft dieses Amts dem Minister über die im Hause kursierenden Auffassungen berichten sollten; ohne Zugang zu den Rauchsalons war es jedoch sehr schwierig, die politische Lobby überhaupt zu erkunden<sup>63)</sup>.

Die hauptsächlichen Hürden für politische Karrieren von Frauen sind jedoch vor der Einnahme eines Parlamentssitzes zu überwinden. Ähnlich dem amerikanischen Beispiel werden auch in Großbritannien die Chancen weiblicher Kandidaten bei Wahlen durch die kumulative Wirkung struktureller Faktoren und kultureller Normen beträchtlich geschmälert, so daß letztlich nur eine Minderheit der überhaupt kandidierenden Minderheit ins Abgeordnetenhaus gelangt<sup>64)</sup>. Auf die politische Repräsentation von Frauen in Großbritannien und den USA wirkt sich außerdem das dort geltende Wahlrecht negativ aus. Systemvergleiche machen deutlich, daß weibliche Kandidaten in Ländern mit proportionalem Verhält-

<sup>61)</sup> Vgl. E. Vallance, *Women in the House. A Study of Women Members of Parliament*, London 1979, S. 25 ff.

<sup>62)</sup> Zitiert nach Ch. Sykes, Nancy. *The Life of Lady Astor*, London 1972, S. 208; siehe auch E. Vallance (Anm. 61), S. 23.

<sup>63)</sup> Vgl. E. Vallance (Anm. 61), S. 37.

<sup>64)</sup> Vgl. J. Rasmussen, *The Electoral Costs of being a Woman in the 1979 British General Election*, in: *Comparative Politics*, 15 (1983), S. 461—475; zu den politischen Karrieren von Frauen innerhalb politischer Parteien vgl. H. D. Clarke/A. Kornberg, *Moving up the Political Escalator: Women Party Officials in the United States and Canada*, in: *Journal of Politics*, 41 (1979), S. 442—477.

<sup>58)</sup> Ebd., S. 261.

<sup>59)</sup> Ebd., S. 273.

<sup>60)</sup> Vgl. I. N. Gertzog, *The Matrimonial Connection: the Nomination of Congressmen's Widows for the House of Representatives*, in: *Journal of Politics*, 42 (1980), S. 820—833. Vgl. auch J. S. Carver, *Women in Florida*, in: *Journal of Politics*, 41 (1979), S. 941—955.

niswahlrecht vergleichsweise bessere Chancen haben<sup>65</sup>).

Neben diesem Faktor bringen interkulturelle Studien auch die unterschiedlichen Einflüsse der Konfessionen auf die Entfaltungschancen der politischen Partizipation von Frauen zutage<sup>66</sup>). So erwies sich das Festhalten am traditionellen Frauenleitbild zumal in den rein katholischen Ländern als ein das politische Engagement von Frauen deutlich retardierendes Moment<sup>67</sup>).

Protestantismus und Proportionalwahlrecht haben zweifellos günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der Anteil von Frauen an politischen Rollen in den skandinavischen Ländern während der letzten drei Jahrzehnte stetig und bei erstarkendem Einfluß der Frauenbewegung seit Mitte der siebziger Jahre sprunghaft angestiegen ist. Hier behaupten sich Frauen mit Anteilen von 20 bis 30% in den parlamentarischen Körperschaften und in den Regierungen. In den schwedischen politischen Parteien stellen Frauen sogar 40 und über 50% der Mitglieder, in den Parteivorständen zwischen 20 und 40%<sup>68</sup>).

Die deutliche Ausweitung des Frauenanteils an den politischen Eliten ist über die genannten zwei Momente hinaus in den letzten zwanzig Jahren einer ganzen Reihe von Faktoren zuzuschrei-

ben. So wurde der Gleichstellungsprozeß maßgeblich von der Frauenbewegung und einer zunehmenden öffentlichen Anerkennung ihrer Forderungen vorangetrieben. Gesetzgeberische Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben, Quotenregelungen und die Einrichtung von Gleichstellungs-Arbeitsgruppen in den Parteien waren die Folge<sup>69</sup>).

Die Kooperation des 1980 in Schweden geschaffenen, aus Repräsentantinnen verschiedener Frauenorganisationen zusammengesetzten Gleichstellungsrates mit der Regierung hat vor allem zu einer Reihe von bildungspolitischen Maßnahmen geführt, welche das Modell einer symmetrischen Familie zur Geltung zu bringen trachten. Die mit Hilfe von Lehrplanänderungen, Gleichstellungskursen für Schulleiter und Elternbildung betriebenen Aufklärungskampagnen richten sich vor allem darauf, die in Geschlechtsrollenstereotypen liegenden Werthaltungen und Verhaltensweisen zu ändern<sup>70</sup>).

Aufgrund dieser ‚von oben‘ wie ‚von unten‘ initiierten und konzertierten Bemühungen, die gesellschaftliche und politische Gleichstellung der Frau zu erreichen, kommt den skandinavischen Ländern im internationalen Systemvergleich eine positive konkrete Modellfunktion zu.

#### IV. Zusammenfassende Betrachtungen und Forschungsperspektiven

Im Fazit hat der skizzenhafte Überblick über Frauenpartizipation in westlich-demokratischen und sozialistischen Systemen gezeigt, daß bei aller Unterschiedlichkeit der ideologischen, sozio-ökonomischen und institutionellen Grundlagen die Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft durch eine Reihe von Ähnlichkeiten charakterisiert ist. In beiden Systemtypen muß es vorwiegend dem Beharren oder Nachwirken von traditionellen Frauenleitbildern zugeschrieben werden, daß Frauen in den politischen Eliten unterrepräsentiert sind.

Neben den kulturellen Normen werden die Karrierechancen von Frauen von strukturellen Faktoren negativ beeinflußt. Während in den meisten

westlichen Ländern die Chancengleichheit der Frau in der Politik durch ihre noch geringe Vertretung in den beruflichen und verbandlichen Einzugsbereichen für Politiker sowie durch die Belastung potentieller Kandidatinnen mit familiären Verpflichtungen beeinträchtigt wird, sind es in den sozialistischen Ländern insbesondere die Doppel- und Mehrfachbelastungen in Beruf und Familie, welche den politischen Aufstieg von Frauen behindern. Können in den pluralistischen Ländern des Westens Reformprozesse zugunsten einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter in erster Linie von der Aktivität der Frauenbewegung erwartet werden, so bleibt es in den konsultativ-autoritären Systemen sowjetischen Typs der Innovationskraft der Bürokratien, zumal deren bevölkerungs-, arbeits- und kaderpolitischen Planungswünschen und -zwängen, überlassen, die Leninschen Normen der Frauenemanzipation neu zu beleben.

Die kursorische Erörterung der politischen Partizipation von Frauen in Ost und West hat auch deutlich gemacht, daß die Erforschung der The-

<sup>65</sup>) Vgl. E. Vallance (Anm. 61), S. 150ff.

<sup>66</sup>) Vgl. M. L. Inglehart, Political Interest in West European Women. An Historical and Empirical Comparative Analysis, in: Comparative Political Studies, 14 (1981), S. 299—326.

<sup>67</sup>) Ebd., S. 312ff.

<sup>68</sup>) Vgl. E. Vallance (Anm. 61), S. 154ff.; vgl. weiter die Studie (discussion paper) IIM/LMP 82-27, Maßnahmen zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erfahrungen aus der DDR, Frankreich, Großbritannien und Schweden sowie Empfehlungen für die Bundesrepublik Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin, November 1982.

<sup>69</sup>) Vgl. E. Vallance (Anm. 61), sowie die Studie des Wissenschaftszentrums, S. 115ff.

<sup>70</sup>) Ebd., S. 117ff.

matik aus einer breiten Perspektivik und in möglichst interdisziplinärer Zusammenarbeit zu unternehmen wäre. Frauenforschung kann nicht in einem Spezialgehege für gesellschaftliche Randprobleme einer strukturellen Minderheit, sei sie auch die Bevölkerungsmehrheit, fruchtbar betrieben werden<sup>71)</sup>. Insbesondere scheint es Politikwissenschaftlern, zusammen mit Soziologen, Sozialhistorikern und Sozialpsychologen, aufgegeben, die vielfältigen Ursachen für die fehlende Gleichstellung von Mann und Frau im Rahmen nationaler politischer Kulturen und in interkulturellen Studien herauszuarbeiten.

Stellt man — mit Charles Fourier<sup>72)</sup> — die Emanzipation der Frau als einen zentralen Parameter für gesellschaftlichen Fortschritt in Rechnung, und sieht man in ihr einen Bestimmungsfaktor des Partizipationsgrades einzelner politischer Kulturen und deren Fähigkeit, egalitäre soziale Strukturen zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, so könnten weitere Untersuchungen dazu beitragen, von dem besonderen Aspekt der Lösung der Frauenfrage her die allgemeine Lern- und Konfliktverarbeitungskapazität der entsprechenden politischen Systeme näher zu bestimmen.

Beim Studium sozialistischer Systeme ist das Erkenntnisinteresse vorwiegend auf die sozialen Spannungsfelder zu richten, die aus der Koexistenz autoritärer Familien- und egalitärer Berufsstrukturen herrühren. Neben den regierungsoffiziellen Reaktionen auf solche, im systemeigenen Sprachgebrauch „nichtantagonistischen“ Widersprüche ist ihrer Thematisierung im Rahmen der dortigen Sozialwissenschaften wie auch in literarischen Verarbeitungen nachzugehen, um das Auseinanderklaffen von tatsächlichem und ‚zugelassenem‘ Wertewandel aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu orten. So finden sich in der Literaturproduktion der DDR eine ganze Reihe brisanter gesellschaftspolitischer Darstellungen dieses Genres<sup>73)</sup>. Paradigmatisch könnte eine solche Analyse der Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft auch durch einen Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durchgeführt werden, sind hier doch die Konstanten und Variablen des Systemvergleichs am leichtesten zu fassen und ist das erkenntnisleitende Interesse zugleich durch die gemeinsame Geschichte und Kultur legitimiert.

<sup>71)</sup> Vgl. V. Sapiro (Anm. 46), S. 712.

<sup>72)</sup> Ch. Fourier: Oeuvres Complètes, tome I, Paris 1967, S. 132f.

<sup>73)</sup> Vgl. z. B. M. Wander, „Guten Morgen, du Schöne“. Frauen in der DDR. Protokolle. Mit einem Vorwort von Christa Wolf, Darmstadt-Neuwied 1978; I. Morgner, Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura, Berlin-Weimar 1974; S. Kirsch, Die Pantherfrau. Fünf Frauen in der DDR, Reinbek bei Hamburg 1978.

Als ein zentrales Untersuchungsfeld bieten sich die neue Frauenbewegung, ihre Entstehungsgründe, ideologischen Ausrichtungen, Organisationsformen und ihre allfällige Interaktion mit anderen politischen Bewegungen an, beispielsweise mit der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland oder mit oppositionellen gesellschaftlichen Strömungen in den sozialistischen Ländern Osteuropas. Dabei verdient der Topos „Frauenrepräsentation“ eine stärkere theoretische Reflexion und objektbezogene Präzision, insoweit darunter die politische Vertretung von Fraueninteressen durch Frauen, aber auch durch Frauen und Männer, oder überhaupt nur die zahlenmäßige Gleichstellung von Frauen in politischen Vertretungskörperschaften verstanden werden kann. Die Entwicklung in den Vereinigten Staaten zeigt Ansätze in alle drei Richtungen<sup>74)</sup>. Eine vor allem politiktheoretische Auseinandersetzung erfordert der von manchen Frauengruppen propagierte Leitsatz „das Private ist das Politische“, der die herkömmlichen Politikbegriffe von Grund auf in Frage stellt.

Zugleich mit der weiteren Klärung und Verfeinerung der Konzepte und Theorieansätze zur analytischen Erfassung der Thematik sind noch weite Bereiche durch empirische Studien zu erschließen. Dies gilt sowohl für die Zusammenhänge zwischen der Stellung der Frau im Erwerbsleben und in der Politik wie für den Konnex zwischen geschlechtsspezifischer Sozialisation und politischer Mobilität von Frauen. Für das politische System der Bundesrepublik Deutschland müßte in allen genannten Bereichen zunächst eine ‚Grundlagenforschung‘ in Gang kommen. Von besonderem Interesse erscheint es auch, die politische Rolle von Frauen innerhalb der Parlamente, Parteien und Verbände, auf regionaler und kommunaler Ebene, in den staatlichen Exekutiven etc. ersten Analysen zuzuführen<sup>75)</sup>.

Wie in diesem Beitrag eingangs festgestellt wurde, ist auch hierzulande eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die politische und soziale Gleichstellung der Frau wahrzunehmen. Die sozialwissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik Deutschland hat sich einschlägige Fragestellungen allerdings noch kaum zu eigen gemacht. Das Desinteresse der ‚Zunft‘ läßt sich wohl maßgeblich mit der Unterrepräsentation von Frauen in diesem Wissenschaftszweig — wie bekanntlich auch in allen anderen Wissenschafts-

<sup>74)</sup> Vgl. V. Sapiro (Anm. 46), S. 702ff.

<sup>75)</sup> Bislang fehlen wissenschaftliche Untersuchungen zur Rolle der Frau in der Politik der Bundesrepublik nahezu völlig. Kurze hagiographische Biographen von „Frauen in der Politik“, wie sie, quasi als Trilogie für die drei am längsten etablierten Parteien, 1984 erschienen sind, können hier auch nicht ersatzweise herangezogen werden.

bereichen — erklären. Eine solche „Erklärung“ verweist wiederum auf die sozio-kulturelle Befindlichkeit der Gesellschaft zurück, d. h. auf die

insgesamt noch mangelnde Aufgeschlossenheit für soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit.

# Frauenwahlrecht in Deutschland – Emanzipation mit dem Stimmzettel?

CDU/CSU-FDP haben ein Erziehungsgeldgesetz im Deutschen Bundestag eingebracht und verabschiedet; Landauf, landab propagieren sie die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Familie und Beruf. Die SPD kämpft für Gleichstellungsstellen, Frauenförderungspläne und diskutiert mit Nachdruck Wege zur Verbesserung des Frauenanteils an Ämtern und Mandaten. Die GRÜNEN schließlich stellen Frauen in politischen Führungspositionen wie keine andere Partei und hätten fast an ihrer Forderung nach einem hessischen Frauenministerium eine Regierungsbeteiligung scheitern lassen<sup>1)</sup>.

Ohne Zweifel: Beim Thema „Frauen und Politik“ ist etwas in Bewegung gekommen. Die 23,9 Millionen Frauen stellen in der Bundesrepublik mit 53,8% nicht nur den Löwenanteil der Wahlberechtigten<sup>2)</sup>, sondern dank wachsendem Wahlei-

fer auch die Mehrheit der Wähler — mit 53,1% bei der letzten Bundestagswahl zumindest<sup>3)</sup>. Frauen haben die Macht, mit ihrem Stimmzettel den Ausschlag zu geben. Leichte Abweichungen der durchschnittlichen Parteipräferenzen unter ihnen im Vergleich zu der Männerschaft können die Regierungscouleur bestimmen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Frauen bei den ersten demokratischen Wahlen in Deutschland bei der Gründung der Republik den Gang der Geschichte wesentlich mitbestimmt haben. Sie haben damals im Schnitt anders gewählt als die Männer, und sie wählen heute anders als damals.

Grund genug, wenige Monate vor der nächsten Bundestagswahl und knapp zweieinhalb Jahre vor dem 70. Geburtstag des Frauenwahlrechts in Deutschland am 12. November 1918 Rück- und Vorschau zu halten.

## I. Wählen Frauen anders?

Die Wahlordnung für die Wahlen zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung 1919 und die Reichsstimmordnung sahen die Möglichkeit vor, für Männer und Frauen getrennte Wahllisten vorzulegen. Es war sogar möglich, die Abstimmung für Männer und Frauen in getrennten Räumen, mit getrennten Urnen vornehmen zu lassen. In einigen Städten (Berlin-Spandau, Köln und Hagen) wurden dann die Wahlen regelmäßig für Männer und Frauen getrennt durchgeführt; in anderen Bezirken begnügte man sich mit willkürlich ausgewählten — keinesfalls für das Deutsche Reich repräsentativen — Stichproben<sup>4)</sup>. Diese Auszählungen nach

Geschlecht, die bei einigen Wahlen bis zu 20 Prozent der Wahlberechtigten erfaßten<sup>5)</sup>, sind heute von der Literatur recht vollständig erfaßt und dokumentiert<sup>6)</sup>.

Daran anknüpfend haben einige Städte schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Sonderauszählungen nach Alter und Geschlecht, nunmehr freilich für repräsentative Stichproben (deshalb fortan „Repräsentative Wahlstatistik“ genannt), durchgeführt, erstmals 1953 auch das Statistische Bundesamt für die Bundestagswahl, seither kontinuierlich und Schritt für Schritt auch

<sup>1)</sup> Bei dem Beitrag handelt es sich um einen Vorbericht zur um die Jahresmitte erscheinenden Buchveröffentlichung *Emanzipation mit dem Stimmzettel?*, Bonn 1986. Inhaltlich fortgeführt wird damit die Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistiken in der Bundesrepublik für die Jahre 1953—1984; vgl. Joachim Hofmann-Göttig, *Die jungen Wähler*, Frankfurt-New York 1984.

<sup>2)</sup> Wahlberechtigte nach Stand Europawahl 1984, Quelle: Auskunft des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

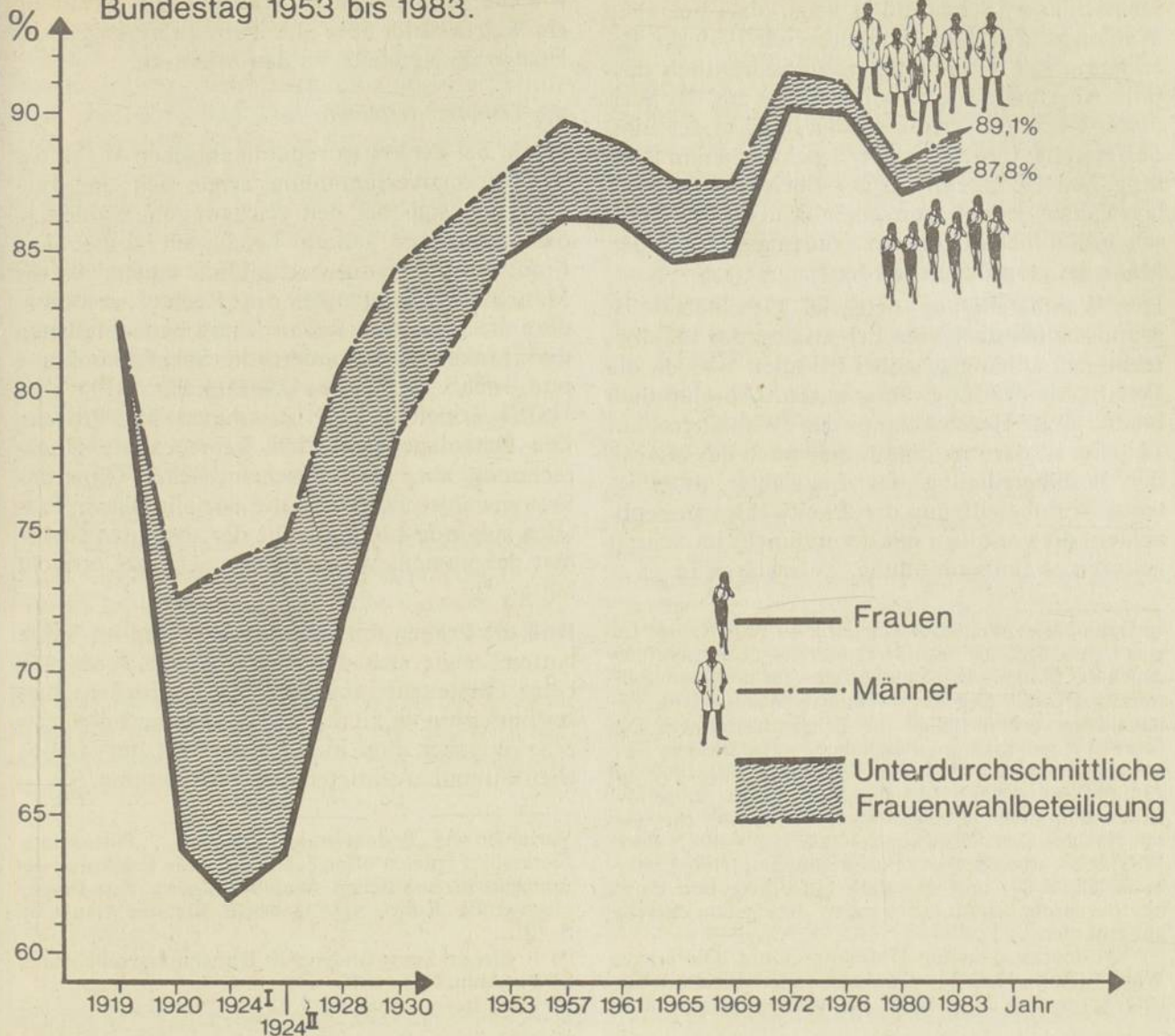
<sup>3)</sup> Berechnet nach: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Statistisches Jahrbuch '85*, S. 90.

<sup>4)</sup> Rechtsquellennachweis in Ralf-Rainer Lavies, *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens*, Düsseldorf 1973, S. 65f.

<sup>5)</sup> Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch II: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik*, München (Frühjahr) 1986, Kap. 1.6.1.

<sup>6)</sup> Als erster, aber heute kaum auffindbar: Herbert Tingsten, *Political Behaviour — Studies in Election Statistics*, Stockholm 1937. Zahlreiche Einzelergebnisse liefert: R. Hartwig, *Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen*, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 17 (1928) 4, S. 497—513; ders., *Das Frauenwahlrecht in der Statistik*, in: ebd., 21 (1931) 2, S. 167—183; Hans Beyer, *Die Frau in der politischen Entscheidung*, Stuttgart 1933; am umfassendsten: Gabriele Bremme, *Die politische Rolle der Frau in Deutschland*, Göttingen 1956; zusammenfassend: Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann (Anm. 5).

Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919, Reichstag 1920 bis 1930, Bundestag 1953 bis 1983.



die Statistischen Landesämter für die Landtagswahlen<sup>7)</sup>.

Das Besondere dieses Instruments der Wahlforschung liegt darin, daß Daten nicht auf der Basis hypothetischer Umfragen, sondern tatsächlich abgegebener Stimmzettel erhoben werden, dazu mit einem seit jeher erheblichen Stichprobenumfang. Repräsentativ für die Gesamtheit sind aller-

<sup>7)</sup> Das Material der Repräsentativen Wahlstatistik ist allerdings sehr verstreut. Um so erfreulicher ist, daß das Statistische Bundesamt nunmehr — auf Anregung u. a. des Autors — die Daten der Repräsentativstatistiken für alle Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen seit 1953 (d. h. insgesamt 87 Wahlen) maschinell erfaßt hat und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Mit der geplanten Buchveröffentlichung (vgl. Anm. 1) werden die Daten für die Parteipräferenzen nach Alter und Geschlecht für alle 87 Wahlen erstmals vollständig dokumentiert. Präsident Egon Hölder, Paul B. Würzberger und Klaus Gaspers sei bei dieser Gelegenheit für die vielfältige Unterstützung durch das Statistische Bundesamt gedankt.

dings nur die Sonderauszählungen für die Bundesrepublik Deutschland, während die der Weimarer Republik immerhin Trends signalisieren.

### 1. Wahlbeteiligung

Als die 15 Millionen wahlberechtigten Männer und die 17,7 Millionen Frauen am 19. Januar 1919 erstmals an die Urnen der Weimarer Republik gerufen wurden, geschah bei dieser Wahl zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung etwas überraschendes: Es wählten gut zwei Millionen mehr Frauen als Männer, und auch die relative Wahlbeteiligung der Frauen entsprach mit 82,3 Prozent fast derjenigen der Männer mit 82,4 Prozent<sup>8)</sup>. Eine so hohe Wahlbeteiligung der Frauen auch im Vergleich zu den Männern wurde später in der Weimarer Republik nie wieder erreicht.

<sup>8)</sup> Ralf-Rainer Lavies (Anm. 4), S. 67.

Ein Vergleich zwischen der Frauen-Wahlbeteiligung in der Weimarer Republik und bei den Bundestagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland (Schaubild 1) zeigt, daß bei allen Wahlen zu Zentralparlamenten seit 1919 die Beteiligung der Frauen unterdurchschnittlich ausfällt. Allerdings wiederholt sich das aus der Weimarer Republik vertraute Phänomen in der Bundesrepublik in zunächst viel schwächerem Umfang. Seit 1972 kann auf der Ebene der Bundestagswahlen jedoch von einer schon fast identischen Wahlbeteiligung der Frauen gegenüber den Männern gesprochen werden<sup>9)</sup>.

Die Wahlbeteiligung beiderlei Geschlechts ist grundsätzlich stark vom Lebensalter der Wahlberechtigten abhängig, wobei bei allen Wahlen die Beteiligung der Jungwähler unterdurchschnittlich bleibt. Seit Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre ist darüber hinaus eine noch das Niveau der Wahlbeteiligung der Erstwähler unterbietende Wahlbeteiligung der Zweitwähler zu beobachten, die vor allem mit der nunmehr im Schnitt gelösten „Familienbindung“ zu erklären ist<sup>10)</sup>.

<sup>9)</sup> Datenbasis: Weimarer Republik — Ralf-Rainer Lavies (Anm. 4), S. 69; Bundesrepublik — Computerausdruck des Statistischen Bundesamtes für die Landesvertretung Hessen. Die Repräsentative Wahlstatistik vernachlässigt grundsätzlich die Briefwahlstimmen. Das führt zu einem nicht unerheblichen systematischen Fehler angesichts seit 1957 „von 4,9 Prozent bis 1980 auf 13,0 Prozent (1983: 10,5 Prozent) enorm steigender Briefwahlquoten (Quelle: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949—1982, Bonn 1983, S. 84, sowie Statistisches Bundesamt [Hrsg.], Jahrbuch '85, S. 89) und der stark auf Ältere und damit überdurchschnittlich auf Frauen bezogenen Beteiligungsquoten.

<sup>10)</sup> Vgl. hierzu: Joachim Hofmann-Göttig, Die jungen Wähler (Anm. 1), S. 34—90. Auch andere für die Wahlbeteiligung der Jungwähler als wichtig eingeschätzte

## 2. Parteipräferenzen

Die getrennten Urnen einzelner Stimmbezirke sowie die Repräsentative Wahlstatistik vermitteln ein klares Bild über die Parteipräferenzen der Frauen im Vergleich zu den Männern.

### a) Weimarer Republik

Schon bei der ersten republikanischen Wahl, der zur Nationalversammlung, zeigte sich eine Tendenz, die sich bei den reichsweiten Wahlen in den zwanziger Jahren behaupten sollte: Die Frauen wählten durchschnittlich anders als die Männer. Sie bevorzugten die „Rechte“, insbesondere die „klerikale Rechte“, und benachteiligten die „Linke“, insbesondere die Sozialdemokratie und mehr noch die USPD/KPD. SPD und USPD erhielten 1919 zusammen 45,5 Prozent. Die Datenlage ermöglicht keine exakte Hochrechnung, aber soviel erscheint sicher: Ohne das Frauenwahlrecht wären die sozialistischen Parteien zumindest in die Nähe der absoluten Mehrheit gekommen, wenn sie sie nicht gar erreicht hätten<sup>11)</sup>.

Daß die Frauen mit Sozialismus wenig im Sinne hatten, zeigte sich denn auch am 20. Juni 1926 beim Fürstenenteignungsplebiszit. Mochten dieses immerhin 46,5 Prozent der Männer unterstützen, so gaben ihm nur 32,9 Prozent der weiblichen Stimmberechtigten ihre Zustimmung<sup>12)</sup>.

Variablen wie „Bedeutsamkeit der Wahl“, „Parlamentshierarchie“ spielen offensichtlich für die Erklärung der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der Frauen eine große Rolle; vgl. Gabriele Bremme (Anm. 6), S. 40ff.

<sup>11)</sup> In diesem Sinne finden sich Berechnungen bei Hans Beyer (Anm. 6), S. 60ff.

<sup>12)</sup> Hans Beyer (Anm. 6), S. 83.

**Tabelle 1: Reichstagswahlen 1924 a, 1924 b, 1928, 1930**

(Stimmenanteile in Prozent für die einzelnen Parteien nach Geschlechtern)

	1924 a		1924 b		1928		1930	
	m	w	m	w	m	w	m	w
KPD	18,9	13,1	14,1	9,6	20,3	15,5	24,0	18,1
SPD	22,0	20,8	29,6	26,7	32,9	31,5	28,1	28,0
DDP	4,3	4,1	6,4	6,2	6,7	6,7	4,7	4,6
Z/BVP	11,0	17,0	10,2	15,1	6,6	10,2	5,2	8,3
DVP	7,7	8,6	12,0	13,8	8,9	9,8	5,2	6,5
DNVP	8,4	9,6	9,7	11,5	10,1	13,3	6,5	9,1
NSDAP	13,5	13,0	4,4	3,8	2,6	1,8	17,4	15,3
CSVD	—	—	—	—	—	—	0,9	1,7
Anteil der gesondert Ausgezählten an der Wählerschaft	6,9		6,2		20,6		16,8	



Im breiten Umfang liegen Daten der Stimmabgabe nach Geschlecht für die Reichstagswahlen 1924, 1928 und 1930 vor<sup>13)</sup>.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erscheint als krasse Männerpartei, die von Frauen um etwa 5 Prozentpunkte abgestuft wird. Auch die Sozialdemokratische Partei (SPD) erreicht unter den Frauen nur unterdurchschnittliche Stimmanteile, die allerdings nicht so extrem abweichen wie im Falle der KPD und sich bis 1930 sichtlich abschwächen, fast aufheben.

Die Demokraten (DDP) erreichen unter Männern und Frauen etwa ausgeglichene Wählerbilanzen. Muß die KPD als Männerpartei, so müßten Zentrum (Z) bzw. Bayerische Volkspartei (BVP) als Frauenpartei bezeichnet werden. Beide werden von Frauen im Durchschnitt weitaus häufiger gewählt als von Männern, wengleich der Überschuß bis 1930 tendenziell abschmilzt.

Die konservative Deutsche Volkspartei (DVP) wird von den Frauen über die Zeit ausgeglichen leicht bevorzugt. Ebenfalls kontinuierlich von Frauen bevorzugt wird die äußerst konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP), und zwar mit wachsender Tendenz.

Bei der faschistischen NSDAP bleibt der relative Zuspruch von Frauen hingegen bis 1930 kontinuierlich — wengleich nur leicht — hinter dem der Männer.

<sup>13)</sup> Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann (Anm. 5) haben sie reichsweit zusammengefaßt (Tabelle 1).

## b) Nationalsozialismus

Angesichts der Rechtsorientierung der Mehrheit der Frauen in der Weimarer Republik ist es interessant zu wissen, ob die Frauen zu Beginn der dreißiger Jahre ihre in den zwanziger Jahren noch sichtbare Skepsis gegenüber der extremen Rechten, dem Nationalsozialismus, aufgegeben haben. Die Prüfung dieser Frage wird allerdings durch eine für die beiden Reichstagswahlen 1932 und die Wahl vom 5. März 1933 lückenhafte Datenlage erschwert<sup>14)</sup>.

Die Daten signalisieren zunächst für Männer und für Frauen eine größere Zurückhaltung gegenüber der NSDAP in katholischen Gebieten. 1933 zog die NSDAP allerdings auch in katholischen Gebieten stark an<sup>15)</sup>. Die NSDAP-Präferenzen beider Geschlechter unterscheiden sich indessen beträchtlich je nach Konfession.

In den überwiegend katholischen Gebieten waren die Frauen bis 1932 sehr deutlich zurückhaltender gegenüber der NSDAP als die Männer, und selbst 1933 verzeichnet die NSDAP in katho-

<sup>14)</sup> Herbert Tingsten (Anm. 6), S. 51 ff., dokumentiert für diesen Zeitabschnitt Ergebnisse der Sonderauszählungen aus Bremen, Magdeburg, Leipzig, Wiesbaden, Köln, Augsburg, Regensburg sowie weitere bayerische Gebiete und einige kleinere katholische Wahlbezirke, zusammengestellt in Tabelle 2. Vgl. auch Gabriele Bremme (Anm. 6); Jürgen W. Falter, Die Wähler der NSDAP 1928—1933, in: Wolfgang Michalka, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984; INFAS, „Warum sie Hitler wählten“ und „Warum sie Hitler folgten“, Projekt für den Bayerischen Rundfunk (1983), die sich alle im wesentlichen auf dieses Material stützen.

<sup>15)</sup> So auch Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 53.

**Tabelle 2: NSDAP-Stimmenanteile bei Männern und Frauen in einigen überwiegend evangelischen und in überwiegend katholischen Gebieten (in Prozent)**

Gebiet	Reichstagswahlen am					
	31. Juli 1932		6. November 1932		5. März 1933	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<i>Evangelisch</i>						
Bremen	29,9	30,9	20,8	20,9	30,8	34,4
Magdeburg	36,3	38,9	31,1	34,0	38,1	43,3
Leipzig	—	—	—	—	34,1	38,8
Wiesbaden	43,0	43,7	36,1	36,8	44,9	47,3
<i>Katholisch</i>						
Köln	26,4	22,8	21,8	19,2	33,9	32,9
Augsburg	25,2	21,1	24,5	21,6	33,4	31,4
Regensburg	23,3	17,3	20,0	14,9	33,1	28,9
Neun kleine Landgemeinden	—	—	29,7	23,6	—	—

lischen Gebieten weiterhin — wenngleich nunmehr kleinere — Frauendefizite. Ganz anders stellen sich die Wahlpräferenzen im evangelischen Raum dar. Zwar waren auch in diesen Gebieten in den zwanziger Jahren der Weimarer Republik die NSDAP-Frauenbilanzen negativ, doch bei den hier betrachteten Reichstagswahlen 1932 konnte die NSDAP bereits ausgeglichene, leicht positive Frauenbilanzen verzeichnen. 1933 schließlich war gar der Zuspruch der Frauen zur NSDAP in protestantischen Gebieten deutlich höher als der der Männer.

Ganz ähnlich war die geschlechtsspezifische Stimmverteilung je nach Konfession für die DNVP. Gewinnen konnten durch die stärkere Zurückhaltung der katholischen Frauen im Vergleich zu den evangelischen Frauen gegenüber der NSDAP nicht etwa die sozialistischen Kräfte, sondern nahezu ausschließlich das klerikal geprägte Zentrum.

Bei den zur Verfügung stehenden Einzelergebnissen geschlechtsspezifischer Parteipräferenzen handelt es sich jedoch um eine schmale Datenbasis. Als zusätzliche Datenquelle bekommt daher die Reichspräsidentenwahl von 1932 mit Sonderauszählungen von immerhin 5,4 Prozent der Wahlberechtigten<sup>16)</sup> Bedeutung. Danach haben die Frauen zunächst erneut extrem gegen die KPD gestimmt. Erreichte Ernst Thälmann im 2. Wahlgang immerhin 15,4 Prozent der Männerstimmen, so wählten ihn nur 10,4 Prozent der Frauen. Extrem überdurchschnittlich favorisierten die Frauen dagegen Paul von Hindenburg, der von den Männern 48,7 Prozent, von den Frauen aber 56,0 Prozent der Stimmen erhielt. Weiterhin leicht distanziert verhielten sich die Frauen gegenüber Adolf Hitler, der bei den Männern 35,9 Prozent und bei den Frauen 33,6 Prozent erzielte.

Als Fazit der Reichspräsidentenwahl 1932 und auch der Einzelergebnisse der Reichstagswahlen 1932/33 bleibt die Feststellung, daß die NSDAP bei Männern und Frauen einen rasanten Anstieg der Wählergunst verzeichnen konnte.

Bis 1932 blieb die NSDAP jedoch bei den Männern erfolgreicher als bei Frauen; sie hatte ihren Aufstieg stärker den Männern zu verdanken<sup>17)</sup>. Angesichts des Zwei-Drittel-Anteils der Protestanten in der Gesamtbevölkerung muß allerdings angenommen werden, daß 1933 der Anteil der Frauen unter den NSDAP-Wählern den der Männer übertraf. Die Mehrheit der nationalen Koalition (NSDAP/DNVP) 1933 wurde kräftig gefördert durch die Unterstützung der Frauen<sup>18)</sup>.

<sup>16)</sup> Daten in: Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 49; Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann (Anm. 5), Tabelle 1.6.1.2.

<sup>17)</sup> So auch Jürgen W. Falter (Anm. 14), S. 49 f.

<sup>18)</sup> Herbert Tingsten (Anm. 6), S. 59.

Bemerkenswert ist dies besonders deshalb, weil es sich bei der NSDAP doch um eine Partei handelte, deren ablehnende Haltung gegenüber „Frauen in der Politik“ nicht zuletzt im absoluten Verzicht auf weibliche Kandidaten weithin sichtbar war. Hitler erklärte dazu 1934 auf einem Parteifrauenkongreß kategorisch: „Das Wort von der Frauenemanzipation ist ein nur vom jüdischen Intellekt erfundenes Wort ... Ihre (der Frau, d. Verf.) Welt ist ihr Mann, ihre Familie, ihre Kinder und ihr Haus ... dann enthält das Programm unserer nationalsozialistischen Frauenbewegung eigentlich nur einen Punkt, und dieser Punkt heißt ‚Das Kind‘.“<sup>19)</sup>

### c) Bundesrepublik Deutschland

Die amtlichen Sonderauszählungen nach Alter und Geschlecht, die Repräsentative Wahlstatistik, lassen Verknüpfungen zwischen dem Wahlverhalten der Geschlechter und dem Alter zu<sup>20)</sup>.

### Bundestagswahlen (1953—1983)

In Schaubild 2 werden die Ergebnisse der Repräsentativstatistiken (seitdem es Sonderauszählungen gibt) für Männer und Frauen jeweils für alle Bundestagswahlen zusammengestellt.

Die Bundestagswahl 1953 zeigt eine Wiederholung des aus der Weimarer Zeit bekannten Musters: ein deutlich unterdurchschnittliches Abschneiden der SPD bei den Frauen mit -4,9 Prozentpunkten und im Gegenzug einen sehr starken Frauenüberschuß bei der CDU/CSU mit +8,3 Prozentpunkten. Die CDU/CSU tritt offenbar in dieser Hinsicht in die Fußstapfen des Zentrums, übertrifft aber dessen Wählerreservoir bei weitem. Anders als die Demokraten der Weimarer Zeit hat die FDP ein Frauendefizit von -1,3 Prozentpunkten zu beklagen. Augenfällig ist im übrigen das Frauendefizit bei den „sonstigen Parteien“ mit -2,1 Prozentpunkten: Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), Deutsche Partei (DP), Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Bayernpartei (BP), Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), Deutsche Reichspartei (DRP), Zentrum, Südschleswigscher Wählerverband (SSW).

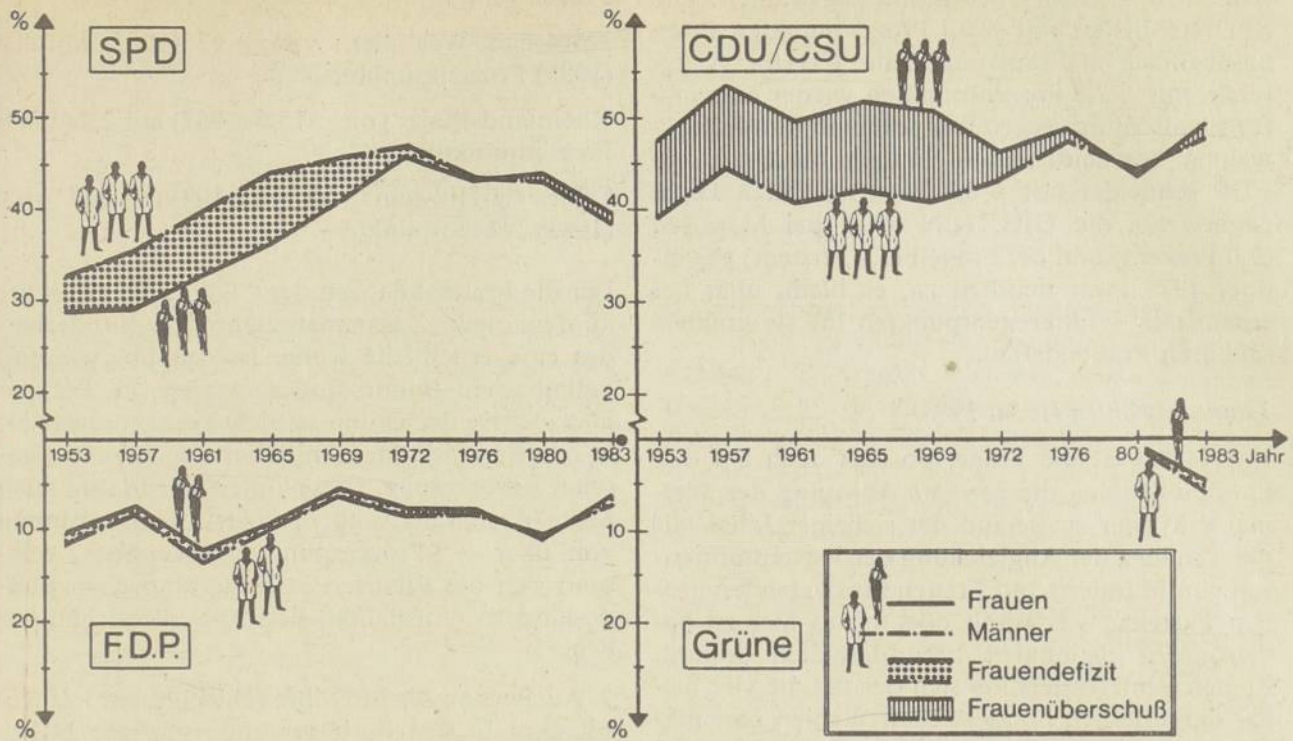
Auch wenn die Bundestagswahlen nach 1949 vor allem vom stetigen Anstieg der SPD geprägt sind, setzen sich doch — was die Geschlechterverteilung anbelangt — die Weimarer Muster im Kernbestand ungebrochen bis 1969 fort.

Erst 1972 ist ein Einschnitt erkennbar. Die SPD, weiterhin insgesamt im Aufschwung mit

<sup>19)</sup> Zitiert nach: Gabriele Strecker/Marlene Lenz, *Der Weg der Frau in die Politik*, Melle 1984, hier S. 23.

<sup>20)</sup> Die Korrelationsauswertungen können hier nicht vorgenommen werden. Diesbezüglich kann auf die vorgesehene Buchveröffentlichung verwiesen werden. Hier erfolgen nur einige Einzelhinweise.

## Frauenwählerschaft der Parteien - Bundestagswahlen 1953 bis 1983 (jeweils in Prozent)



+3,5 Prozentpunkten, legt bei den Frauen +5,3 Prozentpunkte zu und hat nunmehr mit -1,2 Prozentpunkten schon eine annähernd ausgeglichene Frauenbilanz. CDU/CSU verlieren insgesamt nur -1,4 Prozentpunkte, legen bei den Männern sogar +2,4 Prozentpunkte zu, geben aber bei den Frauen -4,6 Prozentpunkte ab und haben mit einem Saldo von +3,0 Prozentpunkten das bislang schwächste Resultat in ihrer bundesrepublikanischen Geschichte.

In dieser gegenläufigen Entwicklung der Parteipräferenzen von Männern und Frauen hinsichtlich der CDU/CSU liegt das Markante der Bundestagswahl 1972. Die CDU/CSU hätte bei dieser Wahl gegenüber 1969 zugelegt, wenn sich nicht die Frauen aller Altersgruppen in dramatischer Weise von der Union abgekehrt hätten. Erstaunlicherweise wird dies sogar bei den im allgemeinen kaum noch zu größeren Parteiwechseln neigenden Senioren sichtbar. Erreichte die CDU/CSU 1969 unter den über 60jährigen Frauen noch 55,6 Prozent, so waren dies 1972 nur noch 51,7 Prozent. Bei den Männern gleichen Alters aber verbesserte sich die Union von 44,9 auf 49,3 Prozent. Zugleich kehrten sich 1972 die — um die 18—20jährigen verstärkten — Jungwähler massiv gegen die Union, die bei dieser Wählergruppe einen Anteil von 35,3 Prozent erzielte.

Bei der FDP hat sich hinsichtlich des Frauenwahlverhaltens nichts entscheidendes verändert, und die „sonstigen Parteien“ sind von 1972 an bis zum Aufkommen der GRÜNEN nicht mehr von Bedeutung.

Der erstmals 1972 bei Bundestagswahlen sichtbar gewordene Trend der Angleichung der Parteipräferenzen von Männern und Frauen, zumindest was die beiden großen Parteien anbelangt, setzt sich bei den folgenden Bundestagswahlen fort. Erstmals 1980 und dann bekräftigt 1983 schneidet die SPD bei den Frauenstimmen überdurchschnittlich ab. Die CDU/CSU verliert ihren traditionellen Frauenüberschuß und muß 1980 sogar ein leichtes Frauendefizit verbuchen, das 1983 allerdings wieder ausgeglichen werden kann.

Die GRÜNEN verbuchen sowohl bei der Bundestagswahl 1980 als auch bei der Bundestagswahl 1983 eine negative Frauenbilanz.

### Europawahlen (1979/1984)

Auch wenn die Wahlbeteiligung — für beide Geschlechter recht ausgeglichen — ausgesprochen schwach war, mag doch ein Blick auf die Einordnung der Europawahlen 1979 (Wahlbeteiligung: 63,6 Prozent) und 1984 (Wahlbeteiligung: 54,2 Prozent) interessieren.

Die Daten für 1979 fügen sich in das für die Bundestagswahlen gewonnene Bild. Die SPD hat mit -1,1 Prozentpunkten ein leichtes Frauendefizit, die CDU/CSU mit +2,3 Prozentpunkten einen leichten Frauenüberschuß. Bei der FDP stellt sich mit -0,1 Prozentpunkten weniger an weiblichen als an männlichen Wählern das Verhältnis ausgeglichen dar. Die GRÜNEN — auch bei ihrem ersten bundesweiten Auftritt — kennzeichnet ein deutliches Frauendefizit mit -0,7 Prozentpunkten (Männer: 3,5 Prozent; Frauen: 2,7 Prozent).

Auch das Ergebnis der Europawahlen von 1984 paßt in das Muster der Bundestagswahlen: Die SPD stabilisiert mit  $-0,1$  Prozentpunkten ihren ausgeglichenen Frauensaldo, die CDU/CSU erreicht mit  $+2,5$  Prozentpunkten wieder einen — für sie allerdings gegenüber früheren Bundestagswahlen bescheidenen — Frauenüberschuß, die FDP schneidet mit  $-0,7$  Prozentpunkten leicht negativ ab, die GRÜNEN legen bei Männern ( $9,0$  Prozent) und bei Frauen ( $7,2$  Prozent) gegenüber 1979 zwar deutlich zu, es bleibt aber bei einem mit  $-1,8$  Prozentpunkten für sie unübersehbaren Frauendefizit.

#### Landtagswahlen (1954–1985)

Interessant ist die Frage, ob sich auch bei den Landtagswahlen die gezeigte Ablösung der Weimarer Muster zu Beginn der siebziger Jahre mit der Tendenz der Angleichung der Parteipräferenzen von Männern und Frauen für die beiden großen Parteien wiederholt oder ob es hier zu bedeutsamen regionalen Besonderheiten kommt. Zugleich interessiert, ob sich das für die vier bisher dargestellten bundesweiten Wahlen regelmäßig aufgetretene Frauendefizit der GRÜNEN auch bei Landtagswahlen wiederfindet.

1. Soweit mit den Bundestagswahlen vergleichbare Daten aus den fünfziger und sechziger Jahren zur Verfügung stehen<sup>21)</sup>, ist nachweisbar, daß die SPD überall ihr Frauendefizit verringern, ausgleichen oder sogar ins Positive wenden konnte. In den Bundesländern mit überwiegend katholischer Bevölkerung (Saarland, Bayern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg) hat die SPD allerdings immer noch leicht negative, allenfalls ausgeglichene Frauenbilanzen, während sie bei den jüngsten Landtagswahlen in überwiegend evangelischen Ländern durchweg positive Frauenbilanzen erzielte.

2. Die CDU mußte überall eine deutliche Verringerung ihres Frauenüberschusses verzeichnen (mit Ausnahme in Berlin), wobei ein Extremwertvergleich für die CDU zeigt, daß die Entwicklung bei Landtagswahlen weit dramatischer verlaufen ist als bei den Durchschnittswerten der Bundestagswahlen.

Baden-Württemberg: von  $+13$  (1968) auf  $2,7$  (1984) Prozentpunkte;

Bayern: von  $+10$  (1966) auf  $2,6$  (1982) Prozentpunkte;

Bremen: von  $+7,2$  (1967) auf  $-1,0$  (1983) Prozentpunkte;

Hessen: von  $+7,2$  (1966) auf  $1,9$  (1982) Prozentpunkte;

<sup>21)</sup> Das gilt für alle Länder außer Hamburg und das Saarland.

Niedersachsen: von  $+9,3$  (1967) auf  $-0,1$  (1982) Prozentpunkte;

Nordrhein-Westfalen: von  $+12$  (1962) auf  $2,4$  (1985) Prozentpunkte;

Rheinland-Pfalz: von  $+13,6$  (1967) auf  $2,4$  (1983) Prozentpunkte;

Schleswig-Holstein: von  $+11,4$  (1967) auf  $-0,9$  (1983) Prozentpunkte.

Für die Frauenbilanzen der CDU/CSU spielt die konfessionelle Zusammensetzung des Bundeslandes eine erhebliche Rolle. In den überwiegend katholischen Bundesländern waren die Frauenüberschüsse der Union seit jeher ausgeprägter als in den Bundesländern mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Diese Unterschiede sind auch heute noch durchweg in einer Größenordnung von über  $+2$  Prozentpunkten erkennbar, während sich die Bilanzen in protestantischen Bundesländern (Ausnahme Berlin) ausgeglichen haben.

3. Auch wenn die SPD ihre schlechtesten Frauenbilanzen in den fünfziger und sechziger Jahren und ihre besten in den siebziger und achtziger Jahren hatte (die CDU/CSU umgekehrt), so ist doch der „Break-Point“ für sie nicht schematisch das Jahr 1970 mit der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters und dem damit verstärkten Generationswechsel der Wahlberechtigten.

Auch in dieser Hinsicht spielt die konfessionelle Gliederung der Länder eine entscheidende Rolle. Während sich in den protestantischen Ländern die Annäherung der Parteipräferenzen von Männern und Frauen Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre vollzog, zeigte sich diese Annäherung in den katholischen Bundesländern erst zehn Jahre später (nur im Saarland hat sich im Verhältnis der Geschlechter hinsichtlich der Parteipräferenzen in den letzten zehn Jahren nichts geändert).

4. Im Unterschied zu dem ziemlich radikalen Umbruch bei der Bundestagswahl 1972 verlief die Entwicklung sich angleichender Parteipräferenzen von Männern und Frauen bei den Landtagswahlen zumeist kontinuierlich. Nur bei zwei Landtagswahlen wiederholte sich das für die Bundestagswahl 1972 charakteristische Gegenüber von Männern und Frauen. Bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen 1975 verlor die SPD bei den Männern und gewann bei den Frauen (CDU umgekehrt); bei der Wahl in Hessen 1982 desgleichen.

5. Abschließend bleibt festzustellen, daß die GRÜNEN — trotz hoher Frauenanteile bei den Mitgliedern und Funktionären und der programmatischen Betonung frauenpolitischer Probleme — nicht nur bei allen Bundestags- und Europa-

wahlen, sondern auch bei allen Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland bei Frauen schlechter abschnitten als bei Männern. Wenn gleich die Defizite zumeist nur zwischen -1 und

-2 Prozentpunkten liegen, sind sie doch bei einer kleinen Partei von Gewicht und angesichts der Konstanz des Phänomens von struktureller Bedeutung.

## II. Das Kommunikationsfeld der Frauen im Wandel – Erklärungshypothesen

Der Versuch, das „besondere Wahlverhalten der Frauen“ anthropologisch aus der Natur der Frau an sich zu erklären, ist so alt wie das Wahlrecht selbst<sup>22)</sup>, wenn nicht noch älter, weil mitbestimmend für die der Einführung des Frauenwahlrechts vorausgehende Wahlrechtsdebatte<sup>23)</sup>. Selbst wenn dieser Erklärungsansatz auch in heutiger Zeit unbewußt immer noch im Denken und Handeln verwurzelt ist<sup>24)</sup>, so kann doch die individualistische, anthropologische Erklärung für geschlechtsspezifische Differenzen im Wahlverhalten heute als wissenschaftlich widerlegt und nicht mehr vertretbar gelten<sup>25)</sup>.

In der Wahlforschung herrscht heute kein Dissonanz in der Feststellung, daß der Geschlechtstfaktor keine Variable zur Begründung unterschiedlichen Wahlverhaltens von Männern und Frauen darstellt. Daß anthropologische Erklärungsmuster heute jegliche Faszinationskraft verloren haben, liegt nicht zuletzt an der Veränderung des Wahlverhaltens der Frauen über die Jahrzehnte. Wurden die Weimarer Muster, nämlich Bevorzugung der konservativen Parteien bei gleichzeitiger Zurückhaltung gegenüber den Extremen, noch gelegentlich der weiblichen Präferenz für Konservatismus und Emotionalität zugeschrieben, so hat sich diese Erklärung im Maße der Angleichung des Wahlverhaltens von Männern und Frauen offensichtlich überlebt und widerlegt.

So wie anthropologische Denkmuster also zur Erklärung gewandelter Parteipräferenzen von Frauen nicht greifen, so wenig hat die Sozialpsychologie heute allerdings zugegebenermaßen, plausible Modelle zur Erklärung sozialer Einstellungen und deren Wandel<sup>26)</sup>, auf deren Basis die Wahlforschung quantifizierbare Variablen für Entstehung und Wandel von Parteipräferenzen entwickeln könnte.

Wahlverhalten ist Gruppenverhalten. Soziale Einstellungen und damit Parteipräferenzen entwickeln sich nicht in der Isolierzelle der Wahlkabine, sondern sind Momentaufnahmen eines lebenslangen Sozialisationsprozesses, den eine Fülle von miteinander verzahnten und daher kaum isolierbaren Kommunikationsfaktoren bestimmen. Von besonderer Bedeutung scheinen dabei:

- die geistig-bildungsmäßige Situation,
- die soziale, ökonomische Situation,
- die familiäre Situation und die Wohnverhältnisse,
- das außerberufliche und -familiäre Kommunikationsfeld.

Im folgenden sollen für diese Variablen des Wahlverhaltens einige Thesen und Hypothesen geschlechtsspezifischer Besonderheiten entwickelt werden, deren Schlüssigkeit nachzugehen sein wird.

### 1. Alter, Bildung und Interesse

„Interesse an Politik“ ist kein naturgesetzlicher Faktor, sondern Ausdruck des Sozialisationsprozesses. Zur Beurteilung der „Weimarer Muster“ ist die Feststellung wichtig, daß die Einführung des Frauenwahlrechts nicht etwa Ergebnis des Kampfes einer Frauen-Massenbewegung, sondern bewußter Minderheiten war<sup>27)</sup>.

<sup>26)</sup> Hans Anger, Entstehung und Wandel sozialer Einstellungen, in: Otto Walter Haseloff (Hrsg.), Struktur und Dynamik des menschlichen Verhaltens, Stuttgart 1970; Ekkehard Lippert/Roland Wahrenhut (Hrsg.), Handwörterbuch der politischen Psychologie, Opladen 1983; Peter Steck, Grundzüge der politischen Psychologie, Bern-Stuttgart-Wien 1980; Klaus Wasmund, Wählerverhalten, 1979.

<sup>27)</sup> Rosemarie Nemitz, Die Frau in den deutschen Parlamenten, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1958) 4, S. 240, geht sogar soweit, zu erklären, das Frauenwahlrecht sei „gegen die Frauen eingeführt“ worden.

<sup>22)</sup> Immer wieder z. B. bei Hans Beyer (Anm. 6) und R. Hartwig (Anm. 6).

<sup>23)</sup> In der „Londoner Pall Mall Gazette“ vom 4. März 1874 heißt es in einer Polemik gegen das Frauenstimmrecht: „Turn women into politicians and they become at once violent and passionate.“ (Macht Frauen zu Politikerinnen und sofort werden sie einen heftigen und leidenschaftlichen Charakter annehmen). Zitiert nach: Hedwig Dohm, Der Frauen Natur und Recht, Berlin 1876, S. 49. Vgl. aber auch Reichstagsprotokolle bis 1918.

<sup>24)</sup> In einer Wahluntersuchung zur Bundestagswahl 1969 wird etwa festgestellt: „Für die Subtilitäten der Fachleute haben Frauen im Bereiche der Politik ziemlich wenig Verständnis. Dagegen ist das Bedürfnis nach symbolhaften Darstellungen, nach Symbolfiguren und verständlichen Formeln sehr ausgeprägt.“ Dorothea Schneider, Politik und ihr Stellenwert, in: Die Frau in der offenen Gesellschaft, (1972) 4, S. 11.

<sup>25)</sup> Klaus Liepelt/Hela Riemenschnitter, Wider die These vom Besonderen Wahlverhalten der Frau, in: Politische Vierteljahresschrift, (1973) 4, S. 567—605.

Politisches Interesse unter Frauen war gering und stieg, so die These, im Maße wachsender Bildungsbeteiligung.

Die Umfrageforschung belegt, daß Männer — nach ihrem „Interesse an Politik“ und ihrer „Bereitschaft, in eine Partei einzutreten“, befragt — seit jeher in der Bundesrepublik ein größeres Interesse an Politik zeigen als Frauen<sup>28)</sup>. Zugleich zeigen diese Umfragen, daß mit wachsender Beteiligung an „höherer Bildung“ das Interesse an Politik steigt, wenngleich die geschlechtsspezifischen Unterschiede auf jeder Stufe des Bildungssystems wieder auftreten.

Aus den Befunden ergeben sich zwei Feststellungen:

Erstens zeigen auch diese Daten — entgegen anthropologischen Erklärungsmustern — den hohen Sozialisationsanteil (Faktor Schulbildung) an der Entstehung politischen Interesses. Im Zuge der wachsenden Bildungsbeteiligung der Frau<sup>29)</sup> verstärkt sich ihre politische Partizipation, ihr Interesse an Politik, differenzieren sich stärker auch die Kriterien ihrer Parteipräferenzen.

Zweitens ist offensichtlich die wachsende Bildungsbeteiligung der Frau nicht hinreichender Grund zur Erklärung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der politischen Sozialisation, weil erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern auch bei denselben formalen Bildungsvoraussetzungen erhalten bleiben<sup>30)</sup>.

<sup>28)</sup> Vgl. etwa Dorothea Schneider (Anm. 24), Umfrage September 1969, S. 12; Monika Gabler, Wie sie wählen würden ..., in: Die Frau in der offenen Gesellschaft, (1972) 4, S. 21—25, Umfrage Sommer 1972, S. 23. Auch die Daten des Wohlfahrtssurvey 1984, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1985, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 226, Bonn 1985, zeigen ein geringeres Interesse der Frauen an Politik. Zugleich wird nachgewiesen, daß bei der Bevölkerung insgesamt Interesse an Politik mit wachsender formaler Bildung zunimmt, S. 507f. In den Jahrbüchern des Allensbacher Instituts für Demoskopie finden sich seit 1947 kontinuierlich entsprechende Daten, die belegen, daß sich z. B. die Bereitschaft zum Parteieintritt bei Männern und Frauen seit 1953 (bis 1980) kontinuierlich erhöht hat, ohne daß die geschlechtsspezifischen Unterschiede (geringere Neigung der Frauen) sich verwischt hätten, Allensbach Jahrbuch 1978—83, S. 344.

<sup>29)</sup> Zur Illustration wachsender weiblicher Bildungsbeteiligung zwei Zahlen: 1919 waren von den 87 065 Universitätsstudenten ganze 7 946 Frauen, noch geringer war ihr Anteil unter den Fachhochschulern; Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1919, S. 191. 1983 dagegen verließen das bundesdeutsche Schulsystem insgesamt 305 597 junge Menschen mit der Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, darunter 141 710 Frauen; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 85, S. 357.

<sup>30)</sup> Helmut Norpoth, Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt—New York, 1980, zeigt, daß sich das politische Interesse der Männer mit wach-

Zugleich deuten Umfragen auf einen veränderten Zusammenhang zwischen Bildung und Parteipräferenzen hin. Während 1953 mit wachsender Formalbildung die Parteipräferenz zur CDU/CSU stieg, erreichte die CDU/CSU 1980 unter Abiturienten geringere Präferenzen als unter Volksschülern. Die SPD hat zwar immer noch bei den Volksschülern größere Sympathiewerte als bei den Abiturienten, ist aber bei den Abiturienten stärker als die Union<sup>31)</sup>.

Wenn sich dieser Befund erhärten ließe, dann könnte die gestärkte Bildungsbeteiligung der Frauen als ein Grund für den Abbau des CDU/CSU-Frauenüberschusses und für den Ausgleich des Frauendefizits bei der SPD angesehen werden. Das wäre zu prüfen.

Zusätzliche Stützung erhält diese These aus der Betrachtung altersspezifischer Frauendifferenzen für die SPD und für die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1983<sup>32)</sup>. Bei der SPD zeigte das Frauendefizit in den fünfziger und sechziger Jahren noch keine Besonderheiten in den Altersgruppen. Erstmals 1969 verringerte sich das Frauendefizit der SPD unter den Jungwählern sichtbar (2 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt). Seither hat die SPD ihr Frauendefizit bei den Jungwählern nicht nur abgebaut, sondern vielmehr in dieser Altersgruppe einen Überschuß zu vermelden.

Bei der CDU/CSU war von vornherein, schon 1953, eine deutliche altersmäßige Staffelung des Frauenüberschusses festzustellen. Je älter die

sender Schulbildung stärker erhöht als bei den Frauen, die geschlechtsspezifischen Unterschiede demzufolge wachsen. Die Drittvariable ‚Schulbildung‘, folgert Norpoth, spiele demnach keine vermittelnde Rolle zwischen Geschlecht und politischer Beteiligung (S. 18f.). Zum selben Ergebnis kommen die von Gerhard Schmidtchen, Die Situation der Frau — Trendbeobachtungen über Rollen- und Bewußtseinsänderungen der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1984, geschlechts- und bildungs- sowie zeitdifferenziert präsentierten Allensbacher Daten (S. 66). Aber ergänzend kommentiert Schmidtchen für die heutige Lage: „Untersuchungen über neue Formen der politischen Partizipation, wie Bürgerinitiativen oder Gruppen, die alternative Lebensformen verwirklichen wollen, zeigen die Frauen im Durchschnitt fast genauso interessiert wie die Männer, und die gebildeten Frauen würden bei Bürgerinitiativen sogar in größerer Zahl mitwirken als die Männer. Schwächer ist die Neigung der Frauen, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen nur dann, wenn ihnen Politik in der klassischen Organisationsform begegnet.“ (S. 67)

<sup>31)</sup> Berechnet nach Gerd Mielke/Peter Schoof, Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), Kirche und Demokratie, Paderborn 1983, S. 75—94, hier S. 83. In jüngster Zeit scheint die SPD allerdings gerade im Bereich der Abiturienten zugunsten der GRÜNEN stark abgebaut zu haben (vgl. Infratest-Sozialforschung, Frauen 1985, unveröffentlicht, S. 68).

<sup>32)</sup> Die Einbeziehung der Landtagswahlen bleibt der Buchveröffentlichung vorbehalten.

Wähler, desto größer der Frauenüberschuß. Erstmals 1972 hatte die Union einen rasanten Abbau ihres Frauenüberschusses besonders durch Verluste älterer Wählerinnen bei gleichzeitigen Gewinnen unter den älteren männlichen Wählern zu verzeichnen. Seither sind die altersspezifischen Besonderheiten der Unions-Frauenbilanz gering. Ihr Überschuß hat sich seither noch etwas verringert, vor allem basierend auf den Frauendefiziten im Jungwählerbereich.

Die verstärkte Annäherung der Parteipräferenzen jüngerer Wählerinnen, insbesondere seit 1969, läßt durchaus einen Zusammenhang mit der verstärkten weiblichen Bildungsbeteiligung vermuten. Wird die gewachsene Bildungsbeteiligung der Mädchen als ein Element ihres Emanzipationsprozesses verstanden, so scheinen auch die gewandelten Parteipräferenzen damit einherzugehen.

## 2. Erwerbstätigkeit

Ein vordergründiger Blick auf die Erwerbsquoten von Frauen in der Weimarer Republik<sup>33)</sup> und der Bundesrepublik Deutschland<sup>34)</sup> könnte angesichts der relativen Konstanz des Frauenanteils unter den Erwerbstätigen bei etwa einem Drittel den Eindruck relativer Konstanz der Erwerbstätigkeit der Frauen erwecken. Abgesehen von den dramatischen Verschiebungen in den durch Frauen wahrgenommenen Tätigkeiten<sup>35)</sup>, hat sich jedoch auch die Zusammensetzung der weiblichen Erwerbstätigen strukturell entscheidend verändert<sup>36)</sup>. Einerseits verschiebt sich wegen der wachsenden Bildungsbeteiligung das Einstiegsalter der Frauen in das Erwerbsleben nach hinten, zugleich verschiebt sich das Alter des Ausstiegs aus dem Berufsleben infolge früheren Ruhestandsalters nach vorn. Schließlich erhöhen sich die Erwerbsquoten der Frauen im mittleren Alter<sup>37)</sup>, und zwar deutlich sichtbar zunehmend seit 1970 auch verheirateter Mütter<sup>38)</sup>. 1984 lag die Erwerbsquote bei Frauen mittleren Alters (40—45 Jahre) bei immerhin über 55 Prozent<sup>39)</sup>.

Der Wunsch von immer mehr Frauen nach Beteiligung am Erwerbsleben und dessen Vereinbar-

<sup>33)</sup> Ca. 35 Prozent, vgl. Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland zwischen 1850 und 1933, in: Historische Sozialforschung, (1983/84) 28 und 29.

<sup>34)</sup> Gut 30 Prozent, vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Die Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft, Ausgabe 1975 und 1983.

<sup>35)</sup> Vgl. Reinhard Stockmann, Gewerbliche Frauenarbeit in Deutschland 1875—1980, in: Geschichte und Gesellschaft, (1985) 4, S. 447—475.

<sup>36)</sup> Vgl. Gerhard Schmidtchen (Anm. 30), S. 11 ff.

<sup>37)</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), (Anm. 34), Ausgabe 83, S. 65.

<sup>38)</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), (Anm. 34), Ausgabe 75, S. 37.

<sup>39)</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Jahrbuch 85, S. 98.

keit mit Ehe und Familie ist seit dem Beginn der siebziger Jahre immer offensichtlicher geworden und wurde vielfach in der Öffentlichkeit als Ausdruck wachsenden Emanzipationsstrebens der Frauen gewertet. Es wäre zu vermuten, daß mit dieser Entwicklung — der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen, darunter auch der Mütter, im mittleren Alter — die Angleichung der Parteipräferenzen zwischen Männern und Frauen einhergeht. Dies wäre dann zu unterstellen, wenn berufstätige Frauen stärkere Parteipräferenzen zugunsten der SPD erkennen ließen als Hausfrauen.

Umfragen deuten darauf hin, daß dem so zu sein scheint<sup>40)</sup>.

Die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen — so also die weiter zu verfolgende These — scheint die Tendenz zur Angleichung des Wahlverhaltens zwischen den Geschlechtern mit herbeizuführen.

## 3. Familie und Wohnumfeld

Die veränderte Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft zeigt sich auch in der sinkenden Größe der Haushalte<sup>41)</sup>, die im übrigen im städtischen Wohnumfeld spürbarer ist als im ländlichen<sup>42)</sup>. Die Reduzierung der Familiengröße gibt den Frauen größere Entfaltungschancen. Der Stellenwert der Familie als Sozialisationsinstanz — so eine weitere These — relativiert sich<sup>43)</sup>.

<sup>40)</sup> In einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen sackte die CDU bei berufstätigen Frauen um über 10 Prozentpunkte gegenüber Hausfrauen ab, während die SPD leicht zulegte; Erhard Blankenburg, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten, Olten 1967, hier S. 111. Hans Rühle/Helmut Garding, „Zielgruppe Frauen“?, in: Die Frau in der offenen Gesellschaft, (1980) 1, präsentieren Daten, die für die SPD einen Anstieg der Präferenzen unter berufstätigen 21—40jährigen verheirateten Frauen gegenüber gleichaltrigen Hausfrauen indizieren (S. 14). In einer Frauenumfrage 1985 erweist sich, daß die CDU/CSU unter berufstätigen Frauen unterdurchschnittlich, die SPD überdurchschnittlich abschneidet; vgl. Infratest (Anm. 31), S. 68.

<sup>41)</sup> War der Haushalt zum Ende der Weimarer Republik im Durchschnitt des Deutschen Reichs noch 3,72 Personen stark (in Großstädten 3,28 Personen), Quelle: Volkszählung vom 16. Juni 1933, Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 1933, S. 7, reduzierte sich die Haushaltsgröße in der Bundesrepublik von 1950 mit 2,99 Personen kontinuierlich auf 1982 mit 2,43 Personen, Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Jahrbuch 85, S. 66.

<sup>42)</sup> Während die durchschnittliche Haushaltsgröße in Dörfern mit unter 5 000 Einwohnern im April 1982 noch bei 2,92 Personen lag, war sie in Großstädten über 100 000 Einwohnern schon nur noch bei 2,10 Personen, Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Jahrbuch 85, S. 66.

<sup>43)</sup> Daß der objektiven Reduzierung der Beanspruchung der Frau durch die Familie auch eine subjektive Relativierung der Bedeutung von Ehe und Familie folgt, darauf deuten eine Reihe von Umfragedaten. Gerhard Schmidtchen etwa zeigt, daß 1963 noch 92 Prozent der Frauen „die Einrichtung der Ehe grundsätzlich für notwendig“ erachteten, diese Aussage 1978

#### 4. Vom Wandel des Kommunikationsfeldes der Frau

Der Hinweis auf den gewandelten Stellenwert der Familie als des kommunikativen Bezugspunkts der Frau, vor allem im städtischen Wohnumfeld, führt zur Kernthese, wonach die gewandelten Parteipräferenzen der Frauen Ausdruck gewandelter Kommunikationsbedingungen sind.

Die Analysen der Weimarer Zeit sind sich in der Beurteilung einig, daß das die konservativen Parteien begünstigende Wahlverhalten der Frauen in erster Linie Ausdruck ihrer stärkeren kirchlichen Bindungen war<sup>44</sup>). Diese Verhältnisse haben sich auch in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland bruchlos reproduziert<sup>45</sup>), wobei diese Entwicklung durch den gestiegenen Katholikenanteil in der Bundesrepublik im Vergleich zum Deutschen Reich und seiner traditionell größeren Bindekraft eher noch gestärkt wurde<sup>46</sup>).

Bei der Beschreibung der Frauenbilanzen für die Landtagswahlen wurde gezeigt, daß die konfessionelle Gliederung der Bundesländer erheblich die Frauenbilanzen von SPD und CDU/CSU beeinflusst. Sind in Ländern mit überwiegend katholischer Bevölkerung heute immer noch leichte Frauenüberschüsse bei der Wählerschaft der Union erkennbar, so hat sich doch auch in diesen Ländern in den letzten Jahren die in überwiegend evangelisch zusammengesetzten Bundesländern vor über einem Jahrzehnt vollzogene Annäherung der Parteipräferenzen von Männern und Frauen angezeigt.

Auch wenn die Kirche ihr Sozialisationsmonopol für Frauen verloren hat, heißt dies aber keineswegs, daß die Konfessionszugehörigkeit vor allem aktiver Kirchgänger heute für die Parteiprä-

---

jedoch nur noch 61 Prozent befürworteten, Gerhard Schmidtchen (Anm. 30), S. 23. So auch: IfD Allensbach, Ehe und Familie, hrsg. vom Sozialministerium Baden-Württemberg, 1985, S. 136.

<sup>44</sup>) Vgl. Hans Beyer (Anm. 6), z. B. S. 81; Gabriele Bremme (Anm. 6), z. B. S. 100; R. Hartwig (Anm. 6.), z. B. S. 182; Margarete Heinz, Politisches Bewußtsein der Frauen, München 1971, hier S. 34.

<sup>45</sup>) Vgl. Gabriele Bremme (Anm. 6), S. 100f; Margarete Heinz (Anm. 43), S. 36; Erhard Blankenburg (Anm. 40), S. 47; Erich Reigrotzki, Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik, Tübingen 1956, hier S. 133; Uwe Webster Kitzinger, Wahlkampf in Westdeutschland, Göttingen 1960, hier S. 246ff.

<sup>46</sup>) Während der Katholikenanteil zu Beginn der Weimarer Republik bei etwa einem Drittel lag (Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 1921/22, S. 12), ist er in der Bundesrepublik konstant bei gut 44 Prozent. Die stärkere Bindekraft der katholischen gegenüber der evangelischen Kirche manifestiert sich auch in den geringeren Kirchenaustritten (1983 evangelische Austritte: 113 006; 1982 katholische Austritte: 54 962); Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Jahrbuch 85, S. 94f.

ferenzen keine Rolle mehr spielte. Nach wie vor begünstigt katholische Konfession eine christdemokratische Parteipräferenz. Doch konkurriert das sozio-demographische Merkmal Konfession mit anderen Merkmalen, vor allem mit dem sozio-ökonomischen Status. Anders wäre der Aufschwung der SPD und der Abschwung der CDU in überwiegend katholischen Ländern (vor allem im Saarland, aber auch in Nordrhein-Westfalen) in den siebziger und achtziger Jahren kaum erklärbar.

Die These lautet also, daß im Zuge wachsender Integration der Frauen auf dem gesamten Feld der gesellschaftlichen Kommunikation die Kirche ihr früher nur mit der Familie zu teilendes Sozialisationsmonopol weitgehend verloren hat<sup>47</sup>). Auch wenn die Kirchen, die evangelische stärker als die katholische, an Prägekraft für die Parteipräferenzen verloren zu haben scheinen, so ist doch nach wie vor ihr Einfluß auf Frauen immer noch stärker als auf Männer, wächst ihr Einfluß mit dem Alter der Bevölkerung, schwindet hingegen mit steigender formaler Bildung, zunehmender Wohndichte (Verstädterung) und höherer Schichtenzugehörigkeit<sup>48</sup>).

An dieser Stelle führen die Entwicklungen zusammen. Die wachsende Bildungsbeteiligung der Frau, ihre zunehmende Erwerbstätigkeit (in überwiegend untergeordneten Tätigkeiten) sowie die Relativierung der Familie — also Elemente eines keineswegs abgeschlossenen Prozesses der Emanzipation der Frau — haben zu einer heute objektiv veränderten Rolle der Frau gegenüber der Zeit von Weimar und gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren der Bundesrepublik geführt. Die wachsende, wenngleich auch heute keineswegs gleichberechtigte Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Leben und die verstärkte Integration in den gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß haben offenbar zur Relativierung des Einflusses von Familie und Kirche bei der weiblichen Meinungsbildung beigetragen.

Das heute bekannte Datenmaterial läßt vermuten, daß hier der entscheidende Schlüssel zur Erklärung des gewandelten Wahlverhaltens der Frauen liegt.

---

<sup>47</sup>) Zur Untersuchung dieser These ist vor allem die geschlechtsspezifische „Kirchgangshäufigkeit“ zu verfolgen, wozu kirchensoziologisches Material zur Verfügung steht, etwa bei Anton Rauscher (Hrsg.), Kirche — Politik — Parteien, Köln 1974, sowie bei Gerhard Schmidtchen (Anm. 30). Zugleich wären aus Mitgliederstatistiken und Umfragen gestiegene Frauenanteile als Indiz wachsender gesellschaftlicher Kommunikationsfelder für Frauen anzuführen.

<sup>48</sup>) Vgl. Wohlfahrtssurvey 1984 (Anm. 28), S. 381.



### III. Frauen vor der Entscheidung 1987 – Angleichung oder Emanzipation?

Die beschriebenen Daten geschlechtsspezifischer Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen ergeben ein Bild der Angleichung des Wahlverhaltens von Männern und Frauen. Sind Frauen damit als „Zielgruppe“ für die Strategien der Parteien unwichtiger geworden? Das Gegenteil scheint richtig zu sein. Die Entwicklung weiblicher Parteipräferenzen ist mit dem Begriff „Angleichung“ nur unzulänglich beschrieben, weil er abhebt auf die Gesamtheit der Frauen im Vergleich zur Gesamtheit der Männer. Dahinter verbergen sich allerdings erheblich Unterschiede: wachsende Parteipräferenzen evangelischer Frauen zugunsten der SPD, in der Gesamtheit tendenziell kompensiert durch eine noch hinterherhinkende Entwicklung bei den katholischen Frauen; wachsende SPD-Präferenz junger Frauen, tendenziell kompensiert durch Frauendefizite älterer Frauen; zunehmende SPD-Bevorzugung durch städtische Frauen, tendenziell kompensiert durch ländliche Frauen (all dies für die Union umgekehrt).

Sollte sich diese Entwicklung ohne grundlegende Veränderungen fortsetzen, dann bedeutet dies, daß die SPD, bedingt durch generativen Wechsel

und allmähliche Erfolge auch im katholischen Bereich, mit zunehmend positiven Frauenbilanzen rechnen kann, während sich bei der Union Frauendefizite einstellen dürften. Das gilt um so mehr, wenn Frauen gleichberechtigt in das Erwerbs- und Gesellschaftsleben integriert werden.

Schon heute, bei immer noch unabweisbarer Diskriminierung der Frau hinsichtlich ihrer Beteiligung am Erwerbs- und Gesellschaftsleben, zeigen sich Frauen zunehmend entschlossen, ihre Parteipräferenzen unabhängig vom Ehemann zu bilden<sup>49)</sup>. Auch diese in der Umfrageforschung hinlänglich abgesicherte Feststellung relativiert die Angleichungsthese. Frauenwahlverhalten scheint heute zunehmend Ausdruck einer nicht nur im familiären, sondern im gesellschaftlichen Kommunikationsfeld getroffenen Entscheidung zu sein. Es geht somit einher mit dem Emanzipationsprozeß der Frau.

---

<sup>49)</sup> Die Frauen 1953 und 1979 gefragt, wo denn ihr „Mann anders denkt“; führten 1953 nur zu 9 Prozent „politische Fragen“ an, 1979 aber schon 22 Prozent; Quelle: Allensbach, Ehe und Familie (Anm. 43), S. 75.

# Kinder, Küche, Kombinat – Frauen in der DDR

## Vorbemerkung

„Frauen- und Familienentwicklung — und so auch ihre gesellschaftliche Förderung — haben von jeher in der Gesamtpolitik unserer Partei nicht nur einen festen Platz eingenommen, sondern innerhalb dieser Gesamtpolitik wesensmäßig und historisch bedingt auch immer eine Einheit gebildet.“<sup>1)</sup> Dieser Aussage der DDR-Juristin Jutta Gysi kann man — allerdings unter einem kritischen Aspekt — nur zustimmen. In dieser klaren Form, als Einheit von zwei gleichbedeutenden Politikbereichen und als ‚zwangsläufige‘ Verbindung der Stellung der Frau mit der Entwicklung der Familie, ist die Gleichberechtigungspolitik in der DDR aber nicht immer beschrieben worden.

Nicht alle Frauenleitbilder, die den Menschen — Frauen wie Männern — Orientierungshilfen, Werte und Normen für ihr Verhältnis zur neuen gesellschaftlichen Stellung der Frau bereitstellen sollten, verkörperten diese Einheit. Sie betonten in den einzelnen Zeiträumen der DDR-Entwicklung jeweils unterschiedliche Aufgaben und Rollen der Frau und waren somit Ausdruck der entsprechenden offiziellen Frauenpolitik.

Bei der Feststellung, daß sich das Frauenleitbild gewandelt hat, fällt zugleich die Konstanz in einem anderen, von der Situation der Frau aber nicht abzutrennenden Bereich auf: die durchgängige Nichtexistenz und Nichtformulierung eines Männerleitbildes. Dieses hätte als Orientierung für eine Veränderung auch der gesellschaftlichen Stellung des Mannes und für die Herausbildung neuer Geschlechterrollen und -beziehungen dienen können. Hinter diesem Versäumnis, die Be-

deutung und Rolle des Mannes besonders in der Familie grundsätzlich zu hinterfragen und Entwürfe für eine Veränderung zu entwickeln, stehen jedoch Gründe, die mit ‚patriarchalischen Strukturen‘ und der männlichen Dominanz in Entscheidungsprozessen nur oberflächlich beschrieben sind.

Die Forderung nach Berufstätigkeit der Frau und die gesellschaftliche Unterstützung hierfür und für die Familie basiert auf der Unterscheidung zwischen entlohnter Berufsarbeit und nicht entlohnter Familienarbeit. Diese beiden Tätigkeitsbereiche werden stets als getrennte, miteinander um ein begrenztes Zeitbudget (in der Regel der Frau) konkurrierende begriffen. Die Konsequenzen, die sich aus einer solchen Sichtweise und der zugehörigen Politik für die Frauen in der DDR, für ihre Rollen im Beruf und in der Familie bisher ergeben haben und sich auch zukünftig entwickeln können, sind vielfältig. Sie werden vermutlich erst jetzt, nach dem Vollzug einschneidender Veränderungen im Leben der Frauen, sichtbar. Jüngere Veröffentlichungen aus der DDR scheinen Maxie Wander Recht zu geben, die in der Vorbemerkung zu ihren Frauenprotokollen die viel zitierten Sätze schrieb: „Wir können uns eigentlich nicht wundern, daß in der sozialistischen Gesellschaft Konflikte ans Licht kommen, die jahrzehntelang im Dunkeln schmorten und Menschenleben vergifteten. Konflikte werden uns erst bewußt, wenn wir uns leisten können, sie zu bewältigen. Unsere Lage als Frau sehen wir differenzierter, seitdem wir die Gelegenheit haben, sie zu verändern.“<sup>2)</sup>

## I. Grundlagen der Gleichberechtigung und ihre Umsetzung

### 1. Die ‚Klassiker‘ zu Gleichberechtigung und Familienarbeit

Rechte und Pflichten sind meistens eng miteinander verbunden; sie beeinflussen sich gegenseitig. Die Verfassung der DDR enthält beispielsweise in Artikel 24 Absatz 2 die Einheit des Rechtes auf Arbeit und der Pflicht zur Arbeit. Würde diese

enge Verbindung von Rechten und Pflichten auch die Grundlage bilden für die Veränderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft, d. h. auch in der Familie und in den Geschlechterbeziehungen, so müßten die Kernpunkte der Frauen- und Familienpolitik in der DDR eine andere, stärker auf die Einbeziehung des Mannes in diesen Prozeß gerichtete Wendung erhalten.

<sup>1)</sup> J. Gysi, Frauen- und Familienentwicklung als Gegenstand sozialistischer Politik, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1984, Berlin (Ost) 1984, S. 95.

<sup>2)</sup> M. Wander, Guten Morgen, du Schöne. Frauen in der DDR, Darmstadt—Neuwied 1981<sup>6</sup> (Lizenzausgabe), S. 7.

Friedrich Engels hatte in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“<sup>3)</sup> versucht, die Geschichte der Unterdrückung der Frau von der Urgesellschaft bis zu seiner Zeit zu beschreiben und ihre Ursachen zu nennen. Diesen Ansatz erweiterte August Bebel in „Die Frau und der Sozialismus“<sup>4)</sup> durch Vorschläge zu einer Neugestaltung des gesellschaftlich-politischen Lebens der Frau. Beide betrachteten vorwiegend die Situation der Frau als veränderungsbedürftig und vernachlässigten die Rolle des Mannes in den Familienbeziehungen. Angesichts ihrer Beobachtung der Lebensbedingungen von Frauen im 19. Jahrhundert, insbesondere der Arbeiterinnen, war dies naheliegend, denn zusätzlich zur allgemeinen Unterdrückung des Proletariats wurden diese auch noch familiär ausgebeutet.

Mit Bezug auf die Ergebnisse der beiden ‚Klassiker der Frauenfrage‘ stellen folgende Ziele die Grundpfeiler der sozialistischen Politik zur Gleichberechtigung der Frau dar<sup>5)</sup>:

— Die benachteiligte Stellung der Frau in der Gesellschaft, entstanden durch die Bildung des Privateigentums an Produktionsmitteln in der Hand des Mannes, ist nur durch die Abschaffung dieses Privateigentums durch die Veränderung der Produktionsverhältnisse zu beseitigen.

— Die entstandene ökonomische und rechtliche Abhängigkeit der Frau vom Mann muß durch die Teilnahme der Frau an der gesellschaftlichen Produktion und die rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter aufgehoben werden.

— Um die Einbeziehung der Frau in den Arbeitsprozeß zu ermöglichen, müssen die Aufgaben der Kindererziehung und der Hausarbeit von gesellschaftlichen Einrichtungen übernommen werden.

Engels hatte schon 1884 das Auseinanderfallen der Arbeiten der Familienmitglieder in zwei getrennte Tätigkeitsbereiche zutreffend beschrieben. „Die Führung des Haushalts“ — vorher ebenso als notwendig anerkannt wie die Arbeit des Mannes — „verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein *Privatdienst*; die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt.“<sup>6)</sup>

<sup>3)</sup> F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx-Engels-Werke Bd. 21, Berlin (Ost) 1972, S. 25—126.

<sup>4)</sup> A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Frankfurt/M. 1981<sup>3</sup> (Lizenzausgabe).

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu H. Kuhrig/W. Speigner, Gleichberechtigung der Frau — Aufgaben und ihre Realisierung in der DDR, in: dies. (Hrsg.), Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR?, Köln 1979 (Lizenzausgabe), S. 11ff., und Marx/Engels/Lenin, Über die Frau und die Familie — Auswahlband, Leipzig 1976<sup>3</sup>.

<sup>6)</sup> F. Engels (Anm. 3), S. 75.

Die Ergebnisse der Veränderungen in den Arbeits- und Familienformen, nämlich die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung, die Minderbewertung der Arbeit in der Familie und die Kleinfamilie als gängige Lebensform, prägen auch die Gesellschaft der DDR. Die Folgerungen von Engels, Bebel und auch Lenin, die schließlich in die Frauenpolitik der SED aufgenommen wurden, zielten jedoch nicht auf eine Wiederherstellung der Familie als Produktions- und Konsumtionseinheit, nicht auf eine Gleichbewertung von Produktions- und Reproduktionsarbeit. „Erst die große Industrie unserer Zeit hat ihr — und auch nur der Proletarierin — den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wiedereröffnet.“ Dies aber auf eine Weise, „daß, wenn sie sich an der öffentlichen Industrie beteiligen und selbständig erwerben will, sie außerstand ist, Familienpflichten zu erfüllen.“<sup>7)</sup>

Um dieses Dilemma zu lösen, müssen die Familienaufgaben der Frau reduziert und zu einem großen Teil an einen industriell organisierten Reproduktionsbereich delegiert werden. Diesem Bestandteil der Politik, welche die Lebensbedingungen der Frau und damit auch der Familie verändern soll, haftet die positive Bewertung der Tätigkeiten in der gesellschaftlichen Produktion, insbesondere der industriellen Arbeit, und die negative Bewertung der Tätigkeiten zur Reproduktion der Bevölkerung und der menschlichen Arbeitskraft in der Familie an.

Auf diesen Zusammenhang und die Probleme einer Bewertung von nicht produktiver Arbeit z. B. in einem gesellschaftlichen Dienstleistungsbereich, in den die Erziehungs- und Haushaltstätigkeiten ausgelagert werden, kann in diesem Rahmen nicht ausführlicher eingegangen werden<sup>8)</sup>. Da der wesentliche Faktor für die gleichberechtigte Stellung der Frau ihre Berufstätigkeit ist, die durch Entlohnung zur ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann führt und durch die Einbeziehung in gesellschaftliche und politische Prozesse die Persönlichkeitsentwicklung beeinflußt, kann hier verallgemeinernd von entlohnter Berufsarbeit (Erwerbstätigkeit) und nicht entlohnter Familienarbeit gesprochen werden.

Aus der Verknüpfung der Unterdrückung der Frau mit ihrem weitreichenden Ausschluß von der entlohnten Arbeit sowie aus der negativen Einschätzung der Aufgaben der Frau in der ‚bürgerlichen Kleinfamilie‘ in den Arbeiten der Klas-

<sup>7)</sup> Ebd.

<sup>8)</sup> Vgl. zur Veränderung der Familie und der Bewertung der Hausarbeit auch S. Kontos/K. Walser, ... weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen—Berlin—Stein 1979, bes. S. 63 ff.; auf Schwierigkeiten der DDR-Gesellschaftswissenschaften bei der Einschätzung der Berufe ‚nicht-produktiver Arbeit‘ verweist V. Blaum, Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR, Köln 1985, S. 65.

siker kann selbstverständlich keine positive Bewertung der familialen Haus- und Erziehungsarbeit folgen. Für das Ziel einer möglichst ganzjährigen und kontinuierlichen Berufstätigkeit der Frau sind deren Familienpflichten nur hinderlich. Von ihnen kann folglich keine Wirkung ausgehen, die die Persönlichkeit der Frau — geschweige denn des Mannes — bildet und bereichert.

## 2. Die Realisierung des Gleichberechtigungskonzeptes

Ein kurzer Überblick soll zeigen, inwieweit die marxistisch-leninistischen Vorstellungen zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Stellung der Frau in der SBZ/DDR umgesetzt wurden.

Die rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann — u. a. auch das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung — wurde schon 1949 in der Verfassung der DDR festgelegt<sup>9)</sup>. 1979, dreißig Jahre später, stellten Herta Kuhrig und Wulfram Speigner jedoch fest: „Nachdem die Gleichberechtigung der Frau gesetzlich verankert ist, muß sie im Leben verwirklicht werden, die dabei zu lösenden Aufgaben sind weitaus komplizierter und langwieriger als die Veränderung der Rechtsstellung.“<sup>10)</sup>

<sup>9)</sup> Sie war bereits vorher in den Befehlen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) Nr. 153 vom 29. November 1945 und Nr. 253 vom 17. August 1946 enthalten.

<sup>10)</sup> H. Kuhrig/W. Speigner (Anm. 5), S. 32.

Die Eingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß war von verschiedenen Faktoren abhängig:

1. von der individuellen wirtschaftlichen Notwendigkeit (Vielzahl von alleinstehenden Frauen und Müttern) und dem persönlichen Bedürfnis der Frauen, berufstätig zu sein;
2. von den Möglichkeiten der Unterbringung der Kinder und der Entlastung von zeitraubender Hausarbeit;
3. von dem Erfolg ideologischer und moralischer Appelle zur Mitwirkung der Frauen an der Gestaltung der Gesellschaft (z. B. in Hausfrauenbrigaden).

Trotz der besonders in den fünfziger und sechziger Jahren auftretenden Schwierigkeiten, ein ausreichendes Angebot an Betreuungs- und Versorgungsleistungen bereitzustellen, stieg der Beschäftigungsgrad der Frauen schneller als der Ausbau gesellschaftlicher Einrichtungen. Dennoch war lange Zeit vor allem das Problem der Kinderbetreuung ein Hemmnis für eine noch stärkere Ausweitung der weiblichen Berufstätigkeit und deren kontinuierliche Fortführung. Heutige Forderungen nach einem weiteren Ausbau des gesellschaftlichen Dienstleistungssektors beziehen sich daher vorwiegend auf die Beseitigung von Unterschieden in der territorialen Verteilung der Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen<sup>11)</sup>.

<sup>11)</sup> Vgl. auch P. Dunskus u. a., Zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für die Frauen, in: H. Kuhrig/W. Speigner (Hrsg.) (Anm. 5), S. 86—144.

**Tabelle 1: Entwicklung der Berufstätigkeit der Frauen und der gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung in der DDR**

Jahr	Anteil der berufstätigen Frauen (in Prozent)		Versorgungsgrad der Kindereinrichtungen (betreute Kinder je 1000 der Altersgruppe)		
	an den arbeitsfähigen Frauen <sup>1)</sup>	an allen Berufstätigen	Kinderkrippe	Kindergarten	Schulhort
1955	54,9	44,0	91	345	—
1960	61,9	45,0	143	461	—
1965	69,8	46,7	187	528	—
1970	74,8	48,3	291	645	466
1975	78,7	49,6	508	846	642
1980	78,1	49,9	612	922	748
1981	78,7	49,8	637	921	767
1982	79,1	49,6	657	917	806
1983	79,6	49,5	681	911	816

<sup>1)</sup> Frauen im Alter von 15 bis 60 Jahren.

Quelle: Zusammengestellt nach dem Statistischen Jahrbuch der DDR 1984, Berlin (Ost) 1984, S. 115, 338 (Tab. 14), 291, 292 (Tab. 3); Spalte 1 errechnet nach S. 346 (Tab. 2) und 112.

Die Frage, inwieweit die ausschließliche Bindung der Persönlichkeitsentwicklung der Frau an die Berufstätigkeit und die weitestgehende Ausgliederung der Reproduktionsarbeit aus der Familie überhaupt berechtigt und sinnvoll ist, soll hier zunächst außer acht bleiben. Festzuhalten bleibt aber, daß für die Dauer des Auf- und Ausbaues einer „hauswirtschaftlichen Großindustrie“ (Lenin) die Belastung der Frau durch Familienpflichten weiterbesteht, solange die gewachsene familiäre Aufgabenverteilung trotz der Berufstätigkeit der Frau nicht aufgehoben wird.

An der Entwicklung der Frauenpolitik in der DDR ist die gegenseitige Abhängigkeit und Beeinflussung der beiden Lebensbereiche Beruf und Familie zu erkennen. Die Schwierigkeiten, auf der Grundlage der ideologischen Konzeption für die Gleichberechtigung der Frau kurz- und langfristig auch praktikable Lösungen zu finden, zeigen sich deutlich an der Veränderung des propagierten Frauenleitbildes. Konzentrierte sich die Frauenpolitik zunächst auf die Berufstätigkeit, so liegt ihr Schwerpunkt seit ungefähr zwanzig Jahren auf der Förderung von zwei gleichermaßen wichtigen Aufgabenbereichen der Frau, nämlich der Berufstätigkeit *und* der Familie. Die einzelnen Frauenleitbilder, die sich ablösten oder ergänzten, begleiteten diesen Wandel von der Frauen- zur Familienpolitik als Orientierungshilfe für die Gesellschaft und vor allem für das Lebenskonzept der Frauen.

War bis etwa zum Ende der fünfziger Jahre die Berufstätigkeit als solche der Kern des Frauenleitbildes in der DDR, so wurde im Anschluß an das Kommuniqué des Politbüros „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“<sup>12)</sup> von 1961 die *qualifizierte* Berufstätigkeit der Frau in den Mittelpunkt gestellt. Verringerung des Ausbildungsdefizits der älteren Frauen, Qualifizierung in technischen Berufen und verstärkter Einsatz von Frauen in Leitungsfunktionen waren die Hauptziele einer Frauenpolitik, die eingebunden war in die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Abgesehen vom gesetzlich garantierten Schutz und speziellen Qualifizierungsmaßnahmen zur Verringerung familiär bedingter Hindernisse<sup>13)</sup>, spielte die Familie keine wesentliche Rolle in der Gesellschaftspolitik der SED.

<sup>12)</sup> Die Frau — der Frieden und der Sozialismus. Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 23. Dezember 1961, in: Autorenkollektiv, Alles für die Entwicklung und Förderung der Frauen, Berlin (Ost) 1964<sup>2</sup>.

<sup>13)</sup> Hierzu gehören u. a. die Anordnung (AO) über die Aus- und Weiterbildung von Frauen für technische Berufe und ihre Vorbereitung für den Einsatz in leitenden Tätigkeiten vom 7. Juli 1966, GBl. der DDR, Sonderdruck Nr. 545, sowie die Anordnungen zur Qualifizierung von Frauen in Sonderklassen an Fachschulen vom 15. Juli 1967, in Sonderaspiranturen vom 16. September

Eine Abkehr von der starken Orientierung an der Berufstätigkeit der Frau setzte 1965 mit der Verabschiedung des Familiengesetzbuches der DDR ein. Dort wurde erstmals ein Leitbild der sozialistischen Familie formuliert — und damit begann auch ein Wandel im Frauenleitbild. Die Beschreibung der Aufgaben der Familie und die ausdrückliche gesellschaftliche Anerkennung für die familialen Leistungen bei der Erziehung der Kinder verleiht dieser ‚Reproduktionsarbeit‘ eine neue Wertschätzung und eine Bedeutung neben der Berufstätigkeit. Diese neue Einstellung zur Familie und deren Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung ihrer Mitglieder findet ihren Ausdruck in einem veränderten Frauenleitbild, welches allerdings erst in den siebziger Jahren richtig wirksam wurde und bis heute als Orientierung dient. In ihm wird die Rolle der Frau in der Familie als ebenso gesellschaftlich notwendig anerkannt wie die Berufstätigkeit.

Obwohl die Belastungen der Frau durch die Familienpflichten schon immer bestanden haben, waren sie bis 1965 aus den Frauenleitbildern ausgeklammert. Die politische wie gesellschaftliche Vernachlässigung der Aufgabe in der Familie hatte eine Auseinandersetzung über deren Zuordnung zur Frau und auch eine Neubestimmung der Aufgaben beider Geschlechter verhindert. Auch das neue Leitbild der Frau, die ihre Berufstätigkeit mit einer verantwortungsvollen Mutterschaft vereinbart, fordert nicht zu einem Umdenken heraus. Es machte aber den Weg frei für eine gezielte Unterstützung der Familie, die wegen der offenkundigen Mängel in der gesellschaftlichen wie familialen Erziehung und wegen der demographischen Entwicklung als notwendig erachtet wurde. Das neue Frauenleitbild wurde Teil einer sozialistischen Familienpolitik und Ausdruck einer veränderten Einstellung zu dem Zusammenhang von Berufstätigkeit und Familienaufgaben der Frau<sup>14)</sup>.

### 3. Familienpolitik als Teil der Sozial- und Bevölkerungspolitik

Mit dem Ziel der „weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ wurde auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 ein umfangreiches sozialpolitisches Programm eingeleitet, das neben dem „Wohnungsbauprogramm als Kernstück der Sozialpolitik“ auch eine Vielzahl familienpolitischer Regelungen enthielt. Gleichzeitig betonte Willi Stoph, daß die „Sorge um die Familien- und Bevölkerungsent-

1968 und im Sonderstudium an Hoch- und Fachschulen vom 15. Mai 1970.

<sup>14)</sup> Vgl. zur Entwicklung einer sozialistischen Sozialpolitik und der Familienpolitik als einen Bestandteil derselben: W.-R. Leenen, Sozialpolitik in der DDR (I.) Theoretische Probleme, in: Deutschland Archiv, 8 (1975) 3, S. 254 ff.

wicklung ... ein gesamtgesellschaftliches Anliegen“ sei. Notwendig sei deshalb, „unter Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus verstärkt eine vom Staat koordinierte Arbeit auf diesem Gebiet zu leisten.“<sup>15)</sup>

Auf die Notwendigkeit der genaueren Erforschung und Beeinflussung der demographischen Entwicklung in der DDR wird auch in dem von Günter Manz und Gunnar Winkler 1985 herausgegebenen Buch „Sozialpolitik“ hingewiesen: „Disproportionen in der Bevölkerungsentwicklung, Schwankungen in der Besetzung der verschiedenen Altersgruppen, der Zahl der Geborenen und andere erfordern ständige Anpassungsprozesse in der Wirtschaft, der Volksbildung ... und in anderen gesellschaftlichen Bereichen.“<sup>16)</sup> Der enge und wechselseitige Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und ökonomischen wie sozialen Bedingungen unterstreicht nach Meinung der Autoren „auch aus demographischer Sicht die Bedeutung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Herstellung und Sicherung einer dem Sozialismus adäquaten Bevölkerungsreproduktion und die Lösung von Bevölkerungsproblemen“<sup>17)</sup>.

Die Ziele der Bevölkerungspolitik können nach Meinung der beiden Autoren vor allem durch sozialpolitische Maßnahmen, im wesentlichen durch die Familienpolitik erreicht werden, „da nur über eine wirksame Einflußnahme auf die Geburtenentwicklung die Bevölkerungszahl, ihre altersmäßige Zusammensetzung und andere ihrer Strukturen langfristig beeinflußt werden können“<sup>18)</sup>. Das demographische Verhalten soll sich „auf der Grundlage der Familienplanung“ so entwickeln, daß die Bevölkerungsreproduktion „im Sinne der Ausgeglichenheit, der regelmäßigen Gestaltung des Lebensbaumes und der Überwindung territorialer Diskrepanzen der Bevölkerungsreproduktion und -verteilung“ erfolgen kann<sup>19)</sup>. Der Lebensbaum der DDR ist gekennzeichnet durch die Kriegs- und Nachkriegsfolgen — dazu gehören der hohe Frauenüberschuß, Geburtenausfälle und ein um 1970 extrem ungünstiges Verhältnis zwischen Personen im arbeitsfähigen und nichtarbeitsfähigen Alter — und durch

den Geburtenrückgang zwischen 1964 und 1974<sup>20)</sup>.

Für die einfache Reproduktion der Bevölkerung, also für den Ersatz der Elterngeneration (auch der Erwachsenen ohne Kinder), wäre die Zwei- bis Drei-Kinder-Familie notwendig. Zwar wird die Familie mit mehreren Kindern auch als wesentlicher Faktor bei der Entwicklung der sozialistischen Lebensweise betrachtet; dieser Aspekt dürfte aber für die Bevölkerungspolitik nur eine untergeordnete Rolle spielen, da auch in der Zwei-Kinder-Familie die Entwicklung des Kindes durch Geschwisterbeziehungen gefördert wird. Das Ziel der einfachen Reproduktion wurde trotz des Geburtenanstiegs keineswegs erreicht, denn dieser entstand vorwiegend durch einen größeren Anteil zweiter Kinder an den Geborenen. Immerhin wird der Geburtenanstieg zwischen 1974 und 1983 zu 75 Prozent auf eine „gewachsene Geburtenfreudigkeit“ zurückgeführt<sup>21)</sup>.

Im Rahmen des sozialpolitischen Programms, das auch nach dem IX. Parteitag der SED 1976 fortgesetzt wurde, ist eine Vielzahl familienpolitischer Maßnahmen eingeführt oder erweitert worden, die zum Teil als Ausgestaltung der Normen des Familiengesetzbuches gelten können. Betrachtet man sie unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf die Lebensbedingungen der Frauen und vor dem Hintergrund des veränderten Frauenleitbildes, so stellt man zwei Kategorien politischer Einflußnahme fest: Mit einem Teil der Maßnahmen wird versucht, über verschiedene finanzielle Unterstützungen die Familie zu fördern, andere beinhalten unterschiedliche Formen arbeitszeitlicher Regelungen insbesondere für berufstätige Mütter.

Schon die Maßnahmen von 1972 sollten die Geburtenentwicklung fördern und die Auswirkungen der kurz vorher erfolgten Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs mildern. Hier sind die Geburtenbeihilfe und Kredite für junge Ehepaare, die sozusagen „abgekindert“ werden können, wie auch die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden für Mütter mit drei und mehr Kindern (Normalarbeit 43,75 Stunden pro Woche) sowie die Verlängerung des Wochenurlaubs zu nennen<sup>22)</sup>.

<sup>15)</sup> Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin (Ost) 1971, S. 48f. 1974 wird der Wissenschaftliche Rat für Sozialpolitik und Demographie gegründet, der Information und Beratung für die Sozialpolitik bereitstellen soll. Vorsitzender ist Gunnar Winkler.

<sup>16)</sup> G. Manz/G. Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik, Berlin (Ost) 1985, S. 74.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 78.

<sup>18)</sup> Ebd., S. 75.

<sup>19)</sup> Ebd., S. 80.

<sup>20)</sup> Vgl. ebd., S. 81 ff.

<sup>21)</sup> Vgl. ebd., S. 84; dennoch wurde seit 1970 die einfache Reproduktion nicht mehr erreicht, siehe Fruchtbarkeitsziffern in Tabelle 2; 1982 wurden 51,8 Prozent der Lebendgeborenen als 1. Kind, 36,7 Prozent als 2. und nur 8,1 Prozent als 3. Kind geboren, vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 370.

<sup>22)</sup> Siehe Verordnung über die Erhöhung der staatlichen Geburtenbeihilfe und die Verlängerung des Wochenurlaubs, Verordnung über die Gewährung von Krediten zu vergünstigten Bedingungen an junge Eheleute und Verordnung über die Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche ... vom 10. Mai 1972 (GBl. II,

In den ab 1976 erlassenen Verordnungen tritt die bevölkerungspolitische Zielsetzung deutlicher hervor, und es wird die Erfahrung mit dem Maßnahmenbündel von 1972 berücksichtigt, daß nämlich der Einfluß finanzieller Unterstützung auf die Geburtenentwicklung gering ist. Zwar können dadurch Notlagen gemildert und das Ziel eines ausreichenden Lebensstandards auch für Familien mit mehreren Kindern erreicht werden; die Geburt zweiter und weiterer Kinder konnte auf diese Weise allerdings nicht gefördert, sondern lediglich die Geburtenzahlen zwischen 1973 und 1975 stabilisiert werden (vgl. Tabelle 2).

Mit der Forderung nach Maßnahmen, die eine „Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft“ ermöglichen, sprach Erich Honecker auf dem IX. Parteitag das Problem deutlicher an, welches durch finanzielle Unterstützung nicht gelöst werden kann<sup>23)</sup>: die zeitliche Belastung der Frau durch zwei Aufgabenbereiche, die sich auf ihre Berufstätigkeit und die Geburtenentwicklung ausgewirkt hatte.

Der Kern der 1976 verabschiedeten Maßnahmen bezog sich auf zeitliche Regelungen mit finanziellem Ausgleich. Dazu gehören die Verlängerung

des Wochenurlaubs auf 20 Wochen bei Zahlung des Nettodurchschnittslohnes, die 40-Stunden-Arbeitswoche ab zwei Kindern bei vollem Lohnausgleich und die Freistellung von der Arbeit nach der Geburt des zweiten oder weiteren Kindes für ein Jahr bei Zahlung von Krankengeld<sup>24)</sup>.

Eine Zielsetzung dieser Maßnahmen ist die Förderung der Geburtenentwicklung, erkennbar an der Ausrichtung auf die zweiten und folgenden Kinder; die andere bezieht sich auf die stärkere Betonung des Wertes der Familienaufgaben und auf die Unterstützung der Erziehungskraft der Familie. Die familienpolitischen Regelungen sollen die Mehrfachbelastung der Frau, die ab zwei Kindern besonders groß und folgenreich ist, verringern und zumindest für ein Jahr die Konkurrenz zwischen Berufstätigkeit und Kleinkindbetreuung um das begrenzte Zeitbudget außer Kraft setzen.

Die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen, die vorwiegend dem bezahlten ‚Babyjahr‘ zugeschrieben werden, zeigten sich bereits 1976. Lag die Geburtenrate Mitte der siebziger Jahre (je 1 000 Einwohner) noch bei 10,8 und gehörte da-

Nr. 27, S. 314, 316, 331); Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9. März 1972 (GBl. I, Nr. 5, S. 89).

<sup>23)</sup> Bericht des Zentralkomitees der SED an den IX. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 129 f., vgl. Programm der SED, Berlin (Ost) 1976, S. 40.

<sup>24)</sup> Siehe Verordnung über die Verlängerung des Wochenurlaubs und die Verbesserung von Leistungen bei Mutterschaft vom 27. Mai 1976 (GBl. I, Nr. 19, S. 269); Verordnung über die weitere schrittweise Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche vom 29. Juli 1976 (GBl. I, Nr. 29, S. 385); § 282 des Arbeitsgesetzbuchs der DDR vom 16. Juli 1977 (GBl. I, Nr. 18, S. 185) zum Krankengeld und das 12. Kapitel zu den besonderen Rechten der werktätigen Frau und Mutter.

**Tabelle 2: Geburtenentwicklung in der DDR**

Jahr	Lebendgeborene in 1 000	Veränderung zum Vorjahr in 1 000	Lebendgeborene je 1 000	
			der mittleren Bevölkerung	der weiblichen Bevölke- rung im Alter von 15 bis unter 45 Jahre
1965	281,1	- 10,8	16,5	84,1
1970	237,0	- 1,9	13,9	70,1
1972	200,4	- 34,4	11,8	58,6
1973	180,3	- 20,1	10,6	52,4
1974	179,1	- 1,2	10,6	51,9
1975	181,8	+ 2,7	10,8	52,3
1976	195,5	+ 13,7	11,6	55,9
1977	223,2	+ 27,7	13,3	63,1
1978	232,2	+ 9,0	13,9	64,9
1979	235,2	+ 3,0	14,0	65,0
1980	245,1	+ 9,9	14,6	67,4
1981	237,5	- 7,6	14,2	65,2
1982	240,1	+ 2,6	14,4	66,1
1983*)	233,8	- 6,3	14,0	—

\*) vorläufige Angaben

Quelle: Zusammengestellt und errechnet nach Problemen der demographischen Entwicklung, Berlin (Ost) 1980, S. 10 und Statistisches Jahrbuch der DDR 1984, S. 355, 356, 370.

mit zu den niedrigsten der Welt, so konnte die DDR 1982 mit einer Geburtenrate von 14,4 wieder einen Mittelplatz einnehmen. Inwieweit die 1984 erfolgte Verlängerung der Freistellung auf 18 Monate ab dem drittem Kind<sup>25)</sup> nochmals einen Geburtenanstieg bewirkt, ist jetzt noch nicht abzusehen.

Herausstellen wird sich in den folgenden Jahren, ob Günter Manz mit seiner Behauptung recht hat, daß *finanzielle* Maßnahmen eine relativ kurze, *zeitliche* Unterstützungen dagegen eine langfristige und umfassendere Wirkung haben, da letztere in die Lebensplanung der Frauen einbezogen werden. Manz mißt der sozialpolitischen Arbeitszeitverkürzung einen hohen Stellenwert bei angesichts einer hohen Zahl verkürzt arbeitender Frauen und der geringeren Freizeit von Frauen aufgrund ihrer Hauptbelastung durch Familienaufgaben<sup>26)</sup>. Finanzielle und zeitliche Unterstützungen sind nach Meinung der DDR-Familienrechtlerin Anita Grandke „vor allem effektiv, um *vorhandenen* Kinderwunsch leichter realisierbar zu machen, ihn eventuell neu zu beleben und zu bestärken. Das ist in den letzten Jahren offenbar geschehen.“<sup>27)</sup>

## II. Charakteristika der Berufstätigkeit von Frauen

Die marxistisch-leninistische Forderung nach der Einbeziehung der Frau in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß — und davon abgeleitet nach ökonomischer Unabhängigkeit vom Mann und der Aufhebung ihres Bildungsdefizits — kann in der DDR quantitativ als erfüllt betrachtet werden. Ein Blick in die Statistiken zeigt: Bildung, Berufsausbildung und Berufstätigkeit der Frauen sind ein fester Bestandteil gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen geworden. Von einem Ausschluß der Frauen von Bildungschancen und von einem Qualifikationsdefizit gegenüber Männern kann für die Generationen, die in der DDR aufwachsen, nicht mehr gesprochen werden; für sie gibt es keine entscheidenden Unterschiede mehr zwischen männlichem und weiblichem Qualifikationsniveau<sup>29)</sup>.

Daß heute ungefähr 80 Prozent aller Frauen im arbeitsfähigen Alter zwischen 15 und 60 Jahren

Die Hinwendung der Frauenpolitik zu einer stärkeren Förderung der familialen Aufgaben der Frau zeigt, daß vor allem mittels zeitlicher Regelungen versucht wird, verschiedene Ziele zu erreichen. Diese beziehen sich auf die Berufstätigkeit der Frau, die Geburtenentwicklung, aber auch auf die Kinderbetreuung und die Freizeit in der Familie. Um diese gesellschaftlichen Ziele, deren jeweils hundertprozentige Erreichung sich bei der gegebenen familiären Arbeitsteilung und den vorhandenen Arbeitsbedingungen gegenseitig ausschließen, in Einklang zu bringen, muß ein Kompromiß gefunden werden. Abstriche müssen dabei — wie in den familienpolitischen Maßnahmen erfolgt — auch von dem Ziel der vollen und durchgängigen Berufstätigkeit der Frau gemacht werden, wenn nicht auch der Mann in diesen Kompromiß einbezogen werden soll. „Das optimale Maß der Kontinuität und der Dauer der Unterbrechungen“ in der Berufstätigkeit der Frau ist — so Gerlinde Peemüller vom Zentralen Forschungsinstitut für Arbeit beim Staatssekretariat für Arbeit und Löhne — jenes, welches die Interessen der Kinder und die Reproduktion der Bevölkerung berücksichtigt<sup>28)</sup>.

berufstätig sind, zeigt die Selbstverständlichkeit und — je nach dem Familieneinkommen — auch die Notwendigkeit weiblicher Berufsarbeit. In dieser Angabe sind auch die Frauen erfaßt, die das ‚Babyjahr‘ mit Fortdauer der Betriebszugehörigkeit in Anspruch nehmen, ebenso diejenigen mit verkürzter Arbeitszeit. 1983 waren 49,5 Prozent aller Berufstätigen weiblichen Geschlechts<sup>30)</sup>. Von 1 000 in der sozialistischen Wirtschaft beschäftigten Frauen besaßen 789 eine abgeschlossene Berufsausbildung (1971: 492)<sup>31)</sup>. Die Hälfte aller Studenten an den Hochschulen und 74 Prozent an den Fachschulen waren 1983 Frauen<sup>32)</sup>.

<sup>25)</sup> Für die Zahlen bis 1982 vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.), Handbuch DDR-Wirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1984<sup>4</sup>, S. 54. Siehe Verordnung über die Verbesserung von Leistungen nach der Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes ... vom 24. Mai 1984 (GBl. I, Nr. 16, S. 193).

<sup>26)</sup> G. Manz, Zur Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Bevölkerungsentwicklung, in: Probleme der demographischen Entwicklung (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften der DDR, (1979) W 5, Berlin (Ost) 1980, S. 125 ff.

<sup>27)</sup> A. Grandke, Zur Familien- und Bevölkerungspolitik im Territorium, in: Probleme ... (Anm. 26), S. 93.

<sup>28)</sup> G. Peemüller, Der Verlauf der Berufstätigkeit der Frauen unter besonderer Berücksichtigung der Sozialpolitik, in: Informationen des Wissenschaftlichen Beirats „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ bei der Akademie der Wissenschaften der DDR, (1980) 1, S. 56. Der Beirat, seit 1981 Wissenschaftlicher Rat, wurde 1964 gegründet und soll die Erforschung der Lebensbedingungen der Frauen planen und abstimmen. Vorsitzende ist Herta Kuhrig (Die Jahrgänge 1970 bis 1980 sind im Gesamtdeutschen Institut Bonn und im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin [West] vorhanden.)

<sup>29)</sup> Vgl. P. Dunskus u. a. (Anm. 11) und W. Speigner, Bildung für die Frauen und Mädchen, in: H. Kuhrig/W. Speigner (Hrsg.) (Anm. 5), S. 183—228.

<sup>30)</sup> Siehe Statistisches Jahrbuch 1984, S. 115.

<sup>31)</sup> Siehe ebd., S. 122.

<sup>32)</sup> Errechnet nach ebd., S. 302 und 303.



Gibt es jenseits dieser quantitativ eindrucksvollen Zahlen nicht auch Auswirkungen der engen Bindung der Familienaufgaben an die Frau? Diese hatte doch trotz anders lautender Leitbilder immer bestanden und ist mit der Praktizierung der Familienpolitik unter dem Begriff „Verainbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft“ manifestiert worden. Erwerbsquoten und Bildungsniveau allein sagen noch nicht genügend darüber aus, inwieweit sich tatsächlich ein Wandel im Sinne realer Gleichberechtigung in der Frauenbildung und -berufstätigkeit und in der Familie vollzogen hat.

## 1. Berufswahl und Berufsverhalten

Die Orientierung auf die Familie und die Zuständigkeit für deren Aufgaben führt auch heute noch zu einer weitverbreiteten Spezifik der Frauenberufstätigkeit. Diese zeigt sich vor allem in der Hinwendung zu den traditionellen Frauenberufen, die mit den ‚familiennahen‘ Tätigkeiten des Sorgens, Dienens und Helfens verbunden sind. Mannigfaltige Versuche, nicht nur über Ermutigungen und Appelle, sondern auch durch die gezielte Förderung der Aus- und Weiterbildung von Frauen in technischen Berufen, sollten die Einseitigkeit in der Berufswahl und -ausübung mindern<sup>33</sup>).

Bis zu einem gewissen Ausmaß hatte diese Frauenpolitik Erfolg. Sie führte beispielsweise zu einem höheren Frauenanteil in den technischen und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen. So wird in der „Bilanz der Erfüllung des Weltaktionsplanes für die Dekade der Frau — Zeitraum 1976 bis 1980“ angegeben, daß „bereits 40,0 Prozent der Studenten in den Sektionen der Mathematik/Naturwissenschaften und 30,0 Prozent der technischen Wissenschaften an den Hochschulen weiblichen Geschlechts“ sind<sup>34</sup>). Einzelne Berufe im medizinischen, chemischen und technischen Bereich wurden inzwischen sogar ‚feminisiert‘. Dennoch ist die quantitative Dominanz der Frauen in den traditionell von ihnen bevorzugten Berufen und Wirtschaftsbereichen auch heute ungebrochen, so im Gesundheits- und Sozialwesen, im Bildungswesen und Handel, d. h. dem gesamten nichtproduzierenden Bereich.

Mangels detaillierter Angaben aus der DDR zu den Einkommen von Männern und Frauen kann man nur pauschal feststellen: Die Tätigkeit in Wirtschaftsbereichen mit einem hohen Frauenanteil an den Beschäftigten, wo wiederum gehäuft

<sup>33</sup>) Vgl. U. Bruhm-Schlegel/O. Kabat *vel* Job, *Junge Frauen heute*, Leipzig 1981, S. 32ff., und die Anordnungen (Anm. 13).

<sup>34</sup>) Bericht der Regierung der DDR an den Generalsekretär der UNO, *Frauen in der DDR. Bilanz der Erfüllung des Weltaktionsplanes für die Dekade der Frau — Zeitraum 1976—1980*, in: *Informationen* (Anm. 28), (1980) 6, S. 32.

traditionelle Frauenberufe ausgeübt werden, ist mit einem niedrigeren Einkommen verbunden. Die Durchschnittseinkommen in diesen Bereichen liegen unterhalb des Durchschnittseinkommens aller Beschäftigten. Herta Kuhrig verweist auf „solche sozialen Unterschiede, die sich im Arbeitsprozeß aus der historisch gewachsenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ergeben“ und sich in „unterschiedlichen Tarifen in den Industriezweigen“ bemerkbar machen<sup>35</sup>).

Die familienpolitischen Möglichkeiten der Frau, sich für die Betreuung der Kinder von der Arbeit freustellen zu lassen, sind zusätzlich mit einem Verlust an eigenem und damit auch an Familieneinkommen verbunden, da für diese Zeit oft nur Krankengeld gezahlt wird. Diese Einkommenseinbuße fällt natürlich für die Familie durch ein geringeres Einkommen der Frau niedriger aus als beim Mann, wenn er — soweit eine Wahlmöglichkeit überhaupt besteht — eine Freistellung in Anspruch nehmen würde<sup>36</sup>).

Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen entstehen — trotz der Einhaltung des Verfassungsgrundrechtes ‚gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung‘ (Artikel 24, 1) — nicht nur durch die Konzentration von Frauen in geringer entlohnten Berufen und Wirtschaftsbereichen, sondern auch durch andere Formen des Arbeitsverhaltens. Zwar sind Frauen auf den unteren und mittleren Leitungsebenen inzwischen in großer Zahl vertreten, in den oberen und höher dotierten Rängen der Betriebs- und Verwaltungshierarchien trifft man sie jedoch seltener an<sup>37</sup>).

<sup>35</sup>) H. Kuhrig, *Familie, berufstätige Frau und sozialistische Lebensweise*, in: *Informationen* (Anm. 28), (1980) 1, S. 34; vgl. auch G. Helwig, *Frau und Familie in beiden deutschen Staaten*, Köln 1982, S. 41, 43; vgl. zur Verteilung der Frauen auf die Wirtschaftsbereiche und zu den Durchschnittseinkommen *Statistisches Jahrbuch* 1984, S. 109, 120, 127.

<sup>36</sup>) Familienpolitische Unterstützung in Form von Hausarbeitstag und Freistellungen erhalten alleinstehende Väter, wenn die Betreuung der Kinder es erfordert, Ehemänner bei pflegebedürftiger Ehefrau, vgl. *Arbeitsgesetzbuch* (Anm. 24), §§ 185 (4) und 251; bezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder erhalten Ehemänner seit 1984, wenn die berufliche Entwicklung der Frau es erfordert (Anm. 25).

<sup>37</sup>) „In der ersten Leitungsebene der zentralgeleiteten Industrie, dazu gehören Einzelleiter eines juristisch selbständigen Betriebes oder einer Einrichtung, beträgt der Anteil der Frauen 2,3 Prozent. In der zweiten Leitungsebene, das sind die Stellvertreter der ersten Leitungsebene oder in den Betrieben zum Beispiel die Fachdirektoren, einschließlich Hauptbuchhalter, beträgt der Anteil 12,1 Prozent. In der dritten Leitungsebene, in der wir alle Kader erfaßten, die als Leiter direkt der ersten und zweiten Leitungsebene unterstellt sind, sieht es etwas günstiger aus. Hier beträgt der Anteil der Frauen schon 19,7 Prozent.“ I. Lange, *Die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitagess der SED zur weiteren Förderung der Frau*, zitiert nach B. Weichert, *Zu einigen objektiven und subjektiven Bedingungen, die den Einsatz von Frauen — im Vergleich zu*

Unter der Frage „Unfähig zu leiten?“ führen Uta Bruhm-Schlegel und Otmar Kabat vel Job vom Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung als Gründe für die Unterrepräsentanz in Leitungsfunktionen nicht nur das unzureichende Selbstvertrauen auch der jüngeren Frauen und die Unterschätzung ihrer Leistungen durch männliche Kollegen an. Sie verweisen auf die Konflikte, die aus der familiären Belastung und den höheren Anforderungen einer Leitungsfunktion entstehen. Das heißt, „daß heute und auch in nächster Zukunft solche Aufgaben — mit höherer Leitungsebene in zunehmendem Maße — nicht nur qualitative Anforderungen an die Persönlichkeit stellen, sondern auch quantitativ Mehrverpflichtung bedeuten: Oft hat ein Leiter über die ‚normale‘ Arbeitszeit hinaus für die Lösung von betrieblichen Aufgaben, für Kaderfragen und anderes ‚jederzeit einsatzbereit‘ zu sein.“<sup>38)</sup> Diese Einsatzbereitschaft jedoch können sich Frauen mit Kindern meistens nicht leisten.

Empirische soziologische Untersuchungen von 1979<sup>39)</sup> zeigten denn auch, daß von den männlichen und weiblichen Hoch- und Fachschulkadern ohne Leitungsfunktion unterschiedliche Motive für die Ablehnung einer Leitungstätigkeit vorgebracht wurden: Bei den Frauen dominierte die Befürchtung, durch die damit verbundenen höheren Arbeitsanforderungen ihr Familienleben, die Erziehung der Kinder und den eventuell gleichfalls beruflich stark engagierten Ehepartner zu belasten. Diese Motive, die für die befragten Männer keine Rolle spielten, können nicht verwundern, waren doch ungefähr die Hälfte der Frauen für die Hausarbeit allein zuständig. Als weiteres Hindernis für ihren Einsatz in leitenden Funktionen sahen die Frauen die Tatsache an, „daß die Realisierung der festgelegten Förderungsmaßnahmen gegebenenfalls nicht durch eine längere Freistellung auf Grund von sozialpolitischen Maßnahmen unterbrochen werden darf“<sup>40)</sup>.

An der unzureichenden Nutzung von Aufstiegsmöglichkeiten durch Frauen wie auch an der Bevorzugung von ‚Frauendomänen‘ wird besonders deutlich, in welchem Maße die Chancen einer Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Aufgaben von den Arbeitsbedingungen und den zeitlichen Arbeitsanforderungen abhängen. Das Bedürfnis nach einer regelmäßigen Arbeitszeit, potentielle Ausfallzeiten bei Krankheit der Kin-

Männern — in Leitungsfunktionen fördern bzw. hemmen, in: Informationen (Anm. 28), (1980) 2, S. 15 f.

<sup>38)</sup> U. Bruhm-Schlegel/O. Kabat vel Job (Anm. 33), S. 44, Zitat: S. 45.

<sup>39)</sup> „... im Bereich des Ministeriums für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau und in der VVB Süß- und Dauerbackwaren zum Einsatz von Frauen in Leitungsfunktionen durchgeführt ...“. Dargestellt in B. Weichert (Anm. 37), S. 14 ff.

<sup>40)</sup> Ebd., S. 21.

der und eine mögliche längere Freistellung während das ‚Babyjahres‘ begrenzen die Flexibilität wie die Kontinuität der weiblichen Arbeitskraft. In den unteren Ebenen der Betriebshierarchie sind solche Unwägbarkeiten eher zu verkräften; in Betrieben mit einem hohen Frauenanteil an den Beschäftigten treten sie zwar gehäuft auf und führen oft zu Arbeitskräfteproblemen, stoßen aber auch auf Verständnis bei Kolleginnen, die unter vergleichbaren Belastungen stehen oder standen.

## 2. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und ‚weibliches Arbeitsvermögen‘

Die Feststellung, daß auch für junge Frauen die Sozialkontakte im Kollektiv und eine auf Personen bezogene Berufstätigkeit einen weitaus höheren Stellenwert haben als für junge Männer<sup>41)</sup>, weist auf eine Eigenart der Frauenerwerbsarbeit hin, die nicht allein durch die konkreten familiären Lebensbedingungen begründet sein kann.

Die vielfach in DDR-Publikationen beklagte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie und eine entsprechend unterschiedliche Erziehung der Kinder und Jugendlichen führt, ähnlich wie auch in westlichen Industriegesellschaften, zur Entstehung und Beständigkeit eines ‚weiblichen Arbeitsvermögens‘<sup>42)</sup>. Dieses führe — so die Münchener Soziologin Elisabeth Beck-Gernsheim — zu den traditionellen Berufswünschen und dem oben beschriebenen Berufsverhalten von Frauen. Durch die Erziehung der Mädchen zur Hausarbeit und ihre stärkere Einbindung in die Familienaufgaben sowie durch die Vorbildwirkung der ungleichen häuslichen Arbeitsteilung zwischen den Eltern und andere gesellschaftliche Einflüsse werde ein spezielles ‚weibliches Arbeitsvermögen‘ geprägt: „Indem Frauen der Hausarbeit zugewiesen werden, lernen und entwickeln sie jene Fähigkeiten, die die Hausarbeit verlangt.“<sup>43)</sup> Zu diesen Fähigkeiten gehören nicht nur hauswirtschaftliche Kenntnisse, sondern vor allem das Betreuen, Versorgen und Erziehen; genau diese Kenntnisse werden auch in den typischen Frauenberufen verlangt.

Die Arbeit in der Familie ist, so Elisabeth Beck-Gernsheim, bestimmt durch die emotionale Bindung an andere Personen und durch das Bedürfnis nach Harmonie. Folglich bevorzugen Frauen weniger die sach- oder aufgabenbezogenen als vielmehr die mit dem Kontakt zu Menschen verbundenen Tätigkeiten. In den höheren Ebenen

<sup>41)</sup> Vgl. U. Bruhm-Schlegel/O. Kabat vel Job (Anm. 33), S. 33 und 36.

<sup>42)</sup> E. Beck-Gernsheim, Männerrolle, Frauenrolle — aber was steht dahinter? Soziologische Perspektiven zur Arbeitsteilung und Fähigkeitsdifferenzierung zwischen den Geschlechtern, in: R. Eckert (Hrsg.), Geschlechterrollen und Arbeitsteilung, München 1979, S. 165—201.

<sup>43)</sup> Ebd., S. 175.

der Betriebshierarchien nimmt jedoch häufig die Personenbezogenheit einer Tätigkeit ab, die Arbeit ist stärker durch Sach- und Verwaltungsaufgaben geprägt. Zusammen mit einer mangelnden Konfliktfähigkeit (durch familiäres Harmoniestreben) führen die Erwartungen an den Beruf daher unter anderem zu einer Vermeidung von Karrierewegen, unabhängig davon, ob konkrete familiäre Belastungen mit den Anforderungen einer Leitungsfunktion kollidieren.

Die Berufstätigkeit von Frauen ist demnach durch ihr spezifisches Arbeitsvermögen gekennzeichnet, denn vor „der realen Erfahrung von Beruf/Hausarbeit stehen immer schon die nach männlich/weiblich differenzierten Erwartungen in Familie, Schule, Ausbildung“ und „weil beide Formen von Arbeit — Beruf wie Hausarbeit — Bündel von Anforderungen stellen, denen das männliche/weibliche Individuum praktisch lebenslang begegnet.“<sup>44)</sup> Dem entsprechend ist auch das „männliche Arbeitsvermögen“ durch spezifische Motivationen und Verhaltensweisen geprägt.

Die tatsächlichen familiären Belastungen, die sich auf die Berufstätigkeit der Frauen in der DDR auswirken, darf man nicht unterschätzen. Zwar ist für die Betreuung der Kinder während der Abwesenheit der Mutter weitgehend gesorgt; dieser Bereich des Gesundheits- und Bildungswesens ist inzwischen soweit ausgebaut, daß von einem hohen Versorgungsgrad gesprochen werden kann (vgl. Tabelle 1). In Verbindung mit dem Angebot einer betrieblichen Essensversorgung verringert die Betreuung der Kinder in gesellschaftlichen Einrichtungen auch gleichzeitig den Versorgungsaufwand in der Familie. Andere Hausarbeiten, die abendliche Versorgung der Kinder und Hilfe bei den Schularbeiten sowie mit der Freizeitgestaltung verbundene Tätigkeiten bleiben davon jedoch unberührt. In dieser Hinsicht hatten die bessere Ausstattung der Haushalte mit zeitsparenden Geräten und ein größeres Angebot an hauswirtschaftlichen Dienstleistungen, wie es in den vergangenen Jahren erreicht wurde, möglicherweise doch positive Auswirkungen. Zeitbudgeterhebungen von 1974 und 1980 geben 36,0 bzw. 32,8 Stunden pro Woche an, die Frauen für Hausarbeit und Kinderbetreuung aufwenden, auf die Männer entfallen 16,4 bzw. 17,8 Stunden<sup>45)</sup>. Diese Zahlen weichen allerdings entscheidend von anderen Aussagen ab, die von ungefähr 47 Stunden bzw. einem Anteil der Frauen von 80 Prozent an der Hausarbeit sprechen.

Auch vor dem Hintergrund eines scheinbar positiven Trends der Verkürzung der Hausarbeitszeit

sind die seit 1976 erfolgten sozialpolitischen Arbeitszeitverkürzungen für die Frauen nicht als ‚Vergünstigungen‘ zu bezeichnen, sondern lediglich als Unterstützung zur Abmilderung eines vorhandenen unbefriedigenden Zustands. Durch ihre Fixierung auf die Frau, mit dem erklärten Ziel der Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit den Familienaufgaben, tragen sie indessen eher dazu bei, die traditionellen Auffassungen von der Familie als weiblichem Aufgabenfeld zu unterstützen und immer wieder neu zu prägen<sup>46)</sup>.

Auf die Kinder wirkt die ungleiche häusliche Arbeitsteilung, die kürzere Arbeitszeit oder eine Freistellung der Mutter als negatives Vorbild. Das Erleben der Schwierigkeiten, die sich weitgehend für die Mutter durch die Mehrfachbelastung ergeben, und die stärkere Heranziehung der Mädchen zur Hausarbeit unterstützen noch die Vorstellungen von der Familie als weiblichem Aufgabenbereich. Die Vermutung liegt nahe, daß auf diese Weise frühzeitig Einstellungen zur Berufstätigkeit und den Familienaufgaben, spezifische Arbeitsfähigkeiten und Verhaltensweisen im Sinne eines ‚weiblichen Arbeitsvermögens‘ gebildet werden. Die beschriebenen Charakteristika des Berufsverhaltens der Frauen in der DDR sind dafür eine Bestätigung.

### 3. Vereinbarkeit durch Notlösungen?

Die Spezifik der Frauenberufsarbeit in der DDR zeigt, daß von einer Vereinbarkeit beruflicher und familiärer Aufgaben realistischerweise nicht gesprochen werden kann. Die Art, wie familienpolitische Regelungen besonders seit Beginn der siebziger Jahre formuliert und praktiziert werden, legt bereits den Charakter der angestrebten Vereinbarkeit fest: Da die Frau zwei Aufgabenbereiche hat, auf die sie ihr Zeitbudget aufteilen muß, sollen familienpolitische Maßnahmen die Einschränkung der einen Pflichtenerfüllung zugunsten der anderen möglichst gering halten. Bei dem Ziel voller Berufstätigkeit mit hohen Arbeitsanforderungen muß es nämlich letztlich zu einer Überlastung vor allem der Mütter mit mehreren Kindern oder langfristig zu einer Verringerung der Kinderzahl kommen. Eine andere Möglichkeit besteht in dem — nicht immer goldenen — Mittelweg, auf dem ein Teil der beruflichen Interessen und ein Teil der familiären Aufgabenerfüllung auf der Strecke bleiben, durch den Überbelastung und schlechtes Gewissen aber nicht unbedingt vermieden werden.

Daß die Frauen in der DDR in großem Ausmaß diese individuellen ‚Lösungsversuche‘ unterneh-

<sup>46)</sup> Auf die Verschlechterung der familiären Arbeitsteilung verweist auch G. Peemüller, Der Einfluß der 40-Stunden-Arbeitwoche für vollbeschäftigte Mütter auf die Frauenbeschäftigung, in: Informationen (Anm. 28), (1979) 1, S. 37 ff.

<sup>47)</sup> Vgl. H. Kuhrig (Anm. 35), S. 30.

<sup>44)</sup> Ebd., S. 191.

<sup>45)</sup> Siehe G. Manz/G. Winkler (Hrsg.) (Anm. 16), S. 193.

men, um der konkreten Mehrfachbelastung zu entgehen, zeigen der Geburtenrückgang bis Mitte der siebziger Jahre und auch die Nutzung des ‚Babyjahres‘ durch fast alle berechtigten Frauen<sup>47)</sup>. Das deutlichste Beispiel für ein Zurückstellen der beruflichen Tätigkeit zugunsten der Familie ist der hohe Anteil von 25 bis 30 Prozent aller berufstätigen Frauen, die trotz der 40-Stunden-Arbeitswoche für Mütter mit mehreren Kindern ihre Arbeitszeit noch stärker reduziert haben<sup>48)</sup>.

Von den Belastungen der Frau durch Familienpflichten ist auch die Frage nach dem qualifikationsgerechten Einsatz nicht zu trennen. So stellt Arnold Knauer fest, daß Frauen oftmals einen Arbeitsplatz in der Nähe der Wohnung oder der Kindereinrichtungen bevorzugen, auch wenn dies mit einem Berufswechsel und einer Beschäftigung unterhalb oder außerhalb ihrer Qualifikation verbunden ist<sup>49)</sup>. Diese Aussage wird auch bestätigt durch eine Untersuchung zum ausbildungsgerechten Einsatz von Facharbeiterinnen. Dabei wurde festgestellt, daß vor allen Dingen Frauen mit mehreren Kindern nicht ihrer Ausbildung entsprechend tätig sind und für sie offenbar statt des ausbildungsgerechten Einsatzes die gerade vorhandenen Arbeitsbedingungen entscheidend sind. Mit der Freistellung nach der Geburt eines Kindes wird demnach oftmals ein anschließender Berufs- und Arbeitsplatzwechsel verbunden, was zu einem hohen Anteil von nicht ausbildungsgerecht arbeitenden Frauen bereits im Alter von 26 bis 30 Jahren führt<sup>50)</sup>.

Durch diese individuellen ‚Lösungen‘ wird der Konflikt allerdings nicht immer gelöst. Meistens

erfüllen sich noch nicht einmal die Erwartungen, durch ein Zurückstecken im Beruf die Belastungen zu verringern und mehr eigene Freizeit zu gewinnen, wenn sich dadurch die familiäre Arbeitsteilung wieder verschlechtert.

Die Chancen, das Ziel einer realen Gleichberechtigung der Frau zu erreichen, werden durch die bereits beschriebenen Faktoren eingeschränkt:

1. durch ein Arbeitsvermögen und Berufsverhalten der Frauen, welches durch ihre Zuordnung zur Familie auch heute noch einen ‚spezifisch weiblichen‘ Charakter hat;
2. durch die vorherrschende ungleiche Aufgabenverteilung in der Familie und eine geschlechtsspezifische Sozialisation der Kinder;
3. durch die Gestaltung der Frauenpolitik vorwiegend als Familienpolitik anstelle einer Förderung der ‚Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft‘.

Alle drei Faktoren beeinflussen und bestärken sich gegenseitig. Um diesen Kreislauf aufzubrechen, müßte einerseits der Mann stärker als bisher in die Verantwortung für die Familie einbezogen werden und andererseits dürfte die Frau sich nicht weiterhin mit individuellen Mittelwegen in dem unbefriedigenden Zustand einrichten. Reale Gleichberechtigung der Frau kann nicht durch die Orientierung an der gesellschaftlichen Stellung des Mannes, welche die Familie nicht einbezieht, erreicht werden, sondern nur durch eine Gleichverpflichtung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen.

### III. Gleichberechtigung der Geschlechter in der Zukunft?

Die Abtrennung der ‚Frauenfrage‘ von den Lebensbedingungen beider Geschlechter und der Familie ebenso wie die Vernachlässigung der gegenseitigen Abhängigkeiten im Geschlechterverhältnis war schon in den Aussagen der ‚Klassi-

<sup>48)</sup> Vgl. P. Dunskus u. a. (Anm. 11), S. 113 ff., dort wird von einer Verringerung der Teilzeitarbeit seit 1972, besonders bei den 25- bis 40jährigen Frauen gesprochen, S. 116 f.; G. Manz (Anm. 26), S. 126, nennt 30 Prozent teilzeitbeschäftigte Frauen; vgl. auch R. Dippmann, Ausgewählte Aspekte der Teilzeitarbeit von Frauen, in: Informationen (Anm. 28), (1980) 1, S. 58 ff.

<sup>49)</sup> A. Knauer, Zur Nutzung der Bildung und Qualifikation der berufstätigen Frauen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, in: Informationen (Anm. 28), (1980) 2, S. 12 f.

<sup>50)</sup> J. Eckardt u. a., Ausbildungsgerechter Einsatz von Facharbeiterinnen, in: Informationen (Anm. 28), (1980) 5, S. 53 ff. Die Ergebnisse beruhen auf der Analyse der Personaldaten von 5 440 Facharbeitern, davon 1 180 Frauen, und soziologischer Befragung von 319 Facharbeitern, davon 116 Frauen, im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau. Facharbeiter/innen, die oberhalb ihrer Qualifikation eingesetzt waren, wurden nicht einbezogen.

ker‘ nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Frauen- und Familienpolitik. Ihr Erfolg stößt dort an Grenzen, wo außer den Vorstellungen und Verhaltensweisen der Frau auch diejenigen des Mannes sich auf gesellschaftliche und familiäre Veränderungen auswirken.

Traditionelle Denk- und Verhaltensmuster können sich nicht von heute auf morgen, auch nicht in einer Generation völlig ändern. Das Bedürfnis, die Chancen und das Tempo einer grundlegend neuen Lebensgestaltung sind offenbar für Mann und Frau verschieden. Die Frauen, die seit Kriegsende in der SBZ/DDR die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Stellung miterlebt und mitgestaltet haben, waren ebenso traditionell erzogen und durch die Jahre des Faschismus geprägt. Es wäre kühn zu behaupten, sie wären jenseits der ökonomischen Notwendigkeit nur unter gesellschaftlichem Druck erwerbstätig geworden, sie hätten nur widerwillig ihr Bildungsdefizit durch Qualifizierungsmaßnahmen verringert. Sie

hatten, auch wenn damit Mühen und Belastungen verbunden waren, etwas zu gewinnen: neue Erfahrungen, Unabhängigkeit, Erfolg im öffentlichen Leben und Selbstbewußtsein. Dieser Prozeß wurde gesellschaftlich unterstützt durch eine positive Bewertung des Neuen, durch Leitbilder zur Orientierung auf andere Lebensentwürfe.

Die Bewertung der Familie als gleich wichtiger Faktor für die Persönlichkeitsentwicklung der Frau, welche die ausschließliche Bindung an die Berufstätigkeit abgelöst hat, böte die Chance, auch in die Entwicklungs- und Erfahrungsmöglichkeiten des Mannes die Familie als bedeutendes Element einzubeziehen. Eine „über das Problem der Vereinbarkeit hinausreichende gesamte ideologische Konzeption der Gesellschaft zur Durchsetzung progressiver Partnerbeziehungen“, die Jutta Gysi als Bestandteil der Familienpolitik fordert<sup>51)</sup>, kann sich daher der gerade begonnenen Auseinandersetzung mit der Bewertung von Berufarbeit und Familienarbeit, mit vorhandenen Arbeitsbedingungen und der Orientierung der Gleichberechtigung an der Stellung des Mannes nicht entziehen. Denn die bisher praktizierte Frauen- und Familienpolitik bewegte sich in traditionellen Arbeits- und Familienstrukturen, die der realen Gleichberechtigung der Frauen Grenzen setzen. Deren Änderung z. B. durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, aber auch eine entscheidende Ausweitung der bestehenden familienpolitischen Maßnahmen ist noch nicht in Sicht.

Daß die jeweiligen Wirkungen der Berufstätigkeit und der Familienarbeit auf die Entwicklung der Persönlichkeit und der Familienbeziehungen auch vom Charakter der jeweiligen Tätigkeiten abhängen, formuliert Renate Dippmann von der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt. „Die meisten im Haushalt anfallenden Arbeiten sind auch heute noch unschöpferisch, abstumpfend, zermürend,“ stellt sie im Zusammenhang mit der Teilzeitarbeit von Frauen fest. „Aber es gibt auch schöpferische Elemente in der Hauswirtschaft: das Leiten, Planen und Wirtschaften mit allen seinen Entscheidungsfindungen, alle produktive Hausarbeit... und selbstverständlich auch alle Formen des Aufziehens und Erziehens von Kindern. Für viele Frauen bietet dazu die Arbeit im Betrieb kein entsprechendes Äquivalent.“ Die konkrete Arbeit in vielen Industrie- und Angestelltenberufen enthalte nämlich „nur geringe geistig reproduktive, geschweige denn schöpferische Anforderungen“. Bei voller Arbeitszeit würden durch die geringen inhaltlichen Berufsanforderungen und den Mangel an Freizeit schließlich auch die schöpferischen Anteile in der Hausarbeit verloren gehen<sup>52)</sup>.

Die einseitig positive Bewertung der Berufsarbeit tritt in dieser Argumentation zurück hinter die Frage nach den produktiven und schöpferischen Elementen einer Tätigkeit. Ökonomische Unabhängigkeit vom Mann und das Bewußtsein der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit ist folglich bei anspruchloser Arbeit weder für die Zufriedenheit noch für die Persönlichkeitsentwicklung ausreichend.

Die Problematik von Tätigkeiten mit extrem niedrigeren Qualifikationsanforderungen ist jedoch nicht an das Geschlecht gebunden<sup>53)</sup>, sieht man einmal von dem erwähnten Berufs- und Arbeitsplatzwechsel von Müttern ab. Zumindest könnte die Gegenüberstellung der potentiellen ‚schöpferischen‘ Elemente der Hausarbeit und deren Mangel in der unqualifizierten Berufsarbeit ebenso für die Persönlichkeitsentwicklung des Mannes gelten — vorausgesetzt, diese Teile der Familienarbeit werden unabhängig vom Geschlecht als positiv betrachtet.

Inwieweit derartige Fragen nach der Neubewertung von Berufs- und Familienarbeit, damit auch von produktiver und reproduktiver Arbeit, weiter vertieft und schließlich auch in der Familienpolitik umgesetzt werden, bleibt fraglich. Noch wird jedenfalls nur den Frauen durch die familienpolitischen Maßnahmen und durch die Regelung der Teilzeitbeschäftigung die Möglichkeit gegeben, zumindest teilweise den negativen Effekten der Berufstätigkeit auszuweichen. Denn wie die Untersuchung von Dippmann zeigt, steigt der Anteil von Teilzeitbeschäftigung mit sinkendem Qualifikationsniveau und sinkenden geistigen Anforderungen an die Arbeitstätigkeit<sup>54)</sup>.

Herta Kuhrigs Forderung, statistisches Material und Ergebnisse soziologischer Forschung in größerem Ausmaß wieder nach dem Geschlecht aufzuschlüsseln, zeigt, daß eine unzureichende Materialbasis nicht nur ein Problem für die westliche DDR-Forschung ist. Zwar bindet Kuhrig ihre Forderung in die Behauptung ein, daß man die realisierte Gleichberechtigung doch auch zahlenmäßig deutlich machen sollte<sup>55)</sup>; es geht ihr aber wohl eher um die von ihr selbst genannten sozialen Unterschiede zwischen Männern und Frauen und um Grundlagen für eine wirksame Frauenpolitik. Kann dies als ein Beleg für die eingangs zitierte Äußerung von Maxie Wander gewertet werden, daß man es sich auf dem erreichten Stand nun leisten kann, auch über die Mängel der bisherigen Gleichberechtigungspolitik nachzudenken?

<sup>51)</sup> J. Gysi (Anm. 1), S. 99.

<sup>52)</sup> R. Dippmann (Anm. 48), S. 61 f.

<sup>54)</sup> Siehe R. Dippmann (Anm. 48), S. 62.

<sup>55)</sup> H. Kuhrig (Anm. 35), S. 36 ff.

## Margareta Mommsen: Die politische Rolle der Frau in Ost und West

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/86, S. 3-13

Die Unterrepräsentation der Frau in den politischen Eliten der sozialistischen Länder Osteuropas und der parlamentarisch-demokratischen Gesellschaften der westlichen Welt kann auf system-spezifische und -übergreifende Erklärungsvariablen zurückgeführt werden. In beiden System-typen ist das Phänomen in erster Linie der Fortdauer traditionaler Frauenleitbilder und der damit in Zusammenhang stehenden Mystifizierung der Politik als ‚Männersache‘ zuzuschreiben.

Während in den sozialistischen Ländern der hohe Anteil von Frauen an den professionellen Eliten grundsätzlich die soziostrukturellen Voraussetzungen für ein aktives Engagement von Frauen in der Politik bietet, sind diese in den klassischen beruflichen und verbandlichen Kandidatenreservoirs westlicher Politiker unterrepräsentiert. Mehrfachbelastungen in Beruf und Familie beeinträchtigen hier wie dort die politischen Ambitionen von Frauen; in den sozialistischen Ländern verstärken infrastrukturelle Mängel diesen Behinderungsfaktor politischer Rekrutierung von Frauen. Die sozialisationsbedingten Geschlechtsrollenstereotypen beschneiden generell die Erfolgchancen von Frauen bei Kooptations- oder Wahlvorgängen. Damit korrespondiert die Erscheinung, daß Frauen vorzugsweise den politischen Ressorts zugeordnet werden, die herkömmlichen ‚Frauenrollen‘ entsprechen, so z. B. Gesundheit, Familie, Jugend und Erziehung.

In den skandinavischen Ländern hat sich in den letzten Jahrzehnten infolge der Aktivität der Frauenbewegung, gesetzgeberischer Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau sowie infolge von Quotierungen und Aufklärungskampagnen zur Durchsetzung einer „symmetrischen Familie“ der Anteil von Frauen in den politischen Eliten erheblich verstärkt. Von diesem ‚Modellfall‘ abgesehen, ist die Diskrepanz zwischen Verfassungsgeboten zur Gleichstellung der Frau und deren tatsächlicher sozialer und politischer Benachteiligung noch allgemein vorherrschend.

Bei der Erhellung der soziokulturellen und -strukturellen Bestimmungsfaktoren der untergeordneten Stellung der Frau in Politik und Gesellschaft sowohl in West wie in Ost erweisen sich interdisziplinäre Untersuchungen und interkulturelle Vergleiche ebenso geboten wie eine sozialwissenschaftliche ‚Grundlagenforschung‘.

## Joachim Hofmann-Göttig: Frauenwahlrecht in Deutschland — Emanzipation mit dem Stimmzettel?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/86, S. 14-25

Die Wahlen in der Weimarer Republik (die nach Geschlechtern getrennt ausgezählt wurden) und die Sonderauszählungen nach Alter und Geschlecht (sogenannte Repräsentative Wahlstatistik) für die Bundesrepublik Deutschland legen es an den Tag: Im Hinblick auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen gibt es wesentliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Außer bei der ersten Wahl nach Einführung des Frauenwahlrechts, der Wahl zur Nationalversammlung 1919, haben sich die Frauen durchweg im Vergleich zu den Männern relativ zurückhaltender an Wahlen beteiligt. Erst nach 1969 hat sich die Wahlbeteiligung der Frauen der der Männer zunehmend angenähert, ohne sie schon ganz erreicht zu haben. Getragen wurde dieser verstärkte Beteiligungsprozeß vor allem durch die nachwachsenden Generationen, für die das Frauenwahlrecht zunehmend zur Selbstverständlichkeit wurde und für die Politik immer weniger Männersache ist.

Die Parteipräferenzen der Frauen zeigten in der Weimarer Republik ein typisches Muster: Bevorzugung der Parteien der Rechten, Benachteiligung der Linken. Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat sich dieses „Weimarer Muster“ zunächst wiederholt. Erst mit der Bundestagswahl 1969 und vor allem 1972 trat die Tendenzzweideutigkeit ein: Während die SPD ihre Frauendefizite abbauen konnte, verloren CDU/CSU ihre bislang erheblichen Frauenüberschüsse. Die GRÜNEN, programmatisch und personell besonders am Frauenthema interessiert, verbuchten gleichwohl bislang bei allen Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen negative Frauenbilanzen.

Wird nach Ursachen für den Wandel weiblicher Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen geforscht, so scheinen Zusammenhänge zur sich verändernden gesellschaftlichen Rolle der Frau naheliegend. Offenbar haben der Generationenwechsel, die gestiegene Partizipation der Frau am Bildungssystem, die Tendenz zur Erwerbstätigkeit, die Relativierung der Rolle der Familie, die verstärkte Einbeziehung der Frau in das gesellschaftliche Kommunikationsfeld und die damit verbundene Minderung des Einflusses der Kirche diese politische Entwicklung mit gefördert.

Sollten sich die beschriebenen Entwicklungen so fortsetzen, dann wäre allerdings nicht eine „Angleichung“ der Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen zwischen den Geschlechtern bestimmend, sondern die wachsende Tendenz der Frauen, ihre Entscheidungen selbständig gemäß ihren politischen Interessen zu treffen.

## **Ulrike Enders: Kinder, Küche, Kombinat — Frauen in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6-7/86, S. 26—37

Nach vierzig Jahren Frauenpolitik in der DDR sind zumindest die marxistisch-leninistischen Forderungen zur Gleichberechtigung der Frau weitgehend Realität geworden: die Berufstätigkeit und Qualifikation von Frauen, ihre rechtliche Gleichstellung mit dem Mann und ihre Entlastung von einem Teil der Familienaufgaben durch gesellschaftliche Einrichtungen.

Die Frauenpolitik der DDR, in deren Mittelpunkt früher die Berufstätigkeit und Qualifizierung stand, ist seit Beginn der siebziger Jahre auf die Vereinbarkeit von zwei Aufgabenbereichen der Frau ausgerichtet, der Berufstätigkeit und der Familie. Die familienpolitischen Maßnahmen, sehr stark auch bevölkerungspolitisch motiviert, ermöglichen und legitimieren durch arbeitszeitliche Regelungen Abstriche von der vollen und kontinuierlichen Berufstätigkeit zugunsten der familiären Aufgabenerfüllung. Sie festigen zugleich die bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Erziehung in der Familie und fordern eine Auseinandersetzung über die Rolle des Mannes in Familie und Gesellschaft nicht heraus.

Die Fixierung der Gleichberechtigungs- und Familienpolitik auf die Frau zeigt verschiedene Auswirkungen, die gesellschaftlich nicht unbedingt erwünscht sind. Diese werden verdeutlicht anhand einiger Charakteristika der Frauenberufstätigkeit in der DDR: der Wahl bestimmter Berufe und Arbeitsbereiche, eines ‚spezifisch weiblichen‘ Arbeitsvermögens und -verhaltens sowie der individuellen Versuche von Frauen, z. B. durch Teilzeitarbeit der Mehrfachbelastung zu entgehen. Neuere DDR-Publikationen verweisen zunehmend auf die starke Abhängigkeit des Berufsverhaltens von den familiären Bedingungen der Frau, auf die Wechselbeziehung zwischen den inhaltlichen Anforderungen und der Persönlichkeitsentwicklung in der Berufs- und Familienarbeit sowie auf die Bedeutung einer stärkeren Einbeziehung des Mannes in die Veränderung der Geschlechterbeziehungen.